



Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung
Macroeconomic Policy Institute

Studies

2/2009

Deregulierung in der öffentlichen Debatte in Deutschland

Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung

Bearbeiter:
Prof. Dr. Sebastian Dullien
Dr. Christiane von Hardenberg

Mai 2009

Hans-Böckler-Straße 39
D-40476 Düsseldorf
Germany
Phone: +49-211-7778-331
IMK@boeckler.de
<http://www.imk-boeckler.de>

**Hans Böckler
Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Deregulierung in der öffentlichen Debatte in Deutschland

Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung

Bearbeiter:
Prof. Dr. Sebastian Dullien
Dr. Christiane von Hardenberg

Mai 2009

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Methodik	6
2.1	Auswahl der untersuchten Persönlichkeiten.....	7
2.2	Quellen.....	8
2.3	Zeitraum.....	10
2.4	Themenfelder mit kurzer Beschreibung	10
2.4.1	Finanzmarkt.....	10
2.4.2	Corporate Governance.....	11
2.4.3	Arbeitsmarkt.....	11
2.4.4	Soziale Sicherungssysteme	11
2.4.5	Dienstleistungsmärkte	12
2.5	Fallstricke und gewählte Lösungen	12
2.6	Quantitative Auswertung der Recherche	15
3	Ergebnisse	18
3.1	Deregulierungshang bei Ökonomen	25
3.2	Durchwachsene Bilanz bei Politikern.....	28
4	Schlusswort und Ausblick.....	32
5	Anhänge	34
5.1	Liste: einbezogene Personen	34
5.2	Liste verwendete Medien in der Genios-Datenbank	35
5.3	Bewertung Politiker und Ökonomenaussagen.....	37
5.4	Dokumentation Politikeraussagen	38
5.4.1	Kurt Beck	38
5.4.2	Sigmar Gabriel	40
5.4.3	Michael Glos	42
5.4.4	Roland Koch.....	45
5.4.5	Oskar Lafontaine	48
5.4.6	Angela Merkel.....	50
5.4.7	Franz Müntefering.....	53
5.4.8	Günther Oettinger.....	56

5.4.9	Cem Özdemir	58
5.4.10	Claudia Roth.....	60
5.4.11	Jürgen Rüttgers.....	62
5.4.12	Olaf Scholz.....	65
5.4.13	Horst Seehofer.....	67
5.4.14	Peer Steinbrück	69
5.4.15	Frank-Walter Steinmeier	72
5.4.16	Guido Westerwelle.....	74
5.4.17	Christian Wulff.....	76
5.5	Dokumentation Ökonomenaussagen	78
5.5.1	Ulrich Blum.....	78
5.5.2	Peter Bofinger	80
5.5.3	Gemeinschaftsdiagnosen.....	82
5.5.4	Christoph Schmidt.....	84
5.5.5	Hans Werner Sinn	86
5.5.6	Dennis Snower	88
5.5.7	Thomas Straubhaar.....	90
5.5.8	Gutachten des Sachverständigenrats, 2003-2007.....	92

Abbildungen

Abbildung 1: Regulierungsindex Ökonomen.....	27
Abbildung 2: Regulierungsindex Politiker.....	30
Abbildung 3: Regulierungsindex nach Detailfragen.....	31

Tabellen

Tabelle 1: Zusammenfassung Äußerungen Regulierung Finanzmärkte	21
Tabelle 2: Zusammenfassung Äußerungen Corporate Governance.....	22
Tabelle 3: Zusammenfassung Äußerungen Soziale Sicherung/Dienstleistungen	23
Tabelle 4: Zusammenfassung Äußerungen Arbeitsmarkt.....	24
Tabelle 5: Regulierungsindex: Teilindizes und Gesamtindex.....	28
Tabelle 6: Details Bewertung Politiker- und Ökonomenaussagen.....	37

1 Einleitung

„Wir entschlacken die Vorschriften zum Kreditwesengesetz und führen die bestehende Überregulierung bei der Bankenaufsicht auf das notwendige Maß zurück.“

CDU/CSU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 (S. 18)

Sätze wie dieser aus dem als „Regierungsprogramm“ betitelten Wahlprogramm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2005 waren bis unmittelbar vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 gang und gäbe in Deutschland. Doch nicht nur die Deregulierung der Finanzmärkte, sondern breiter Teile der Wirtschaft waren ein vorherrschendes Thema in der wirtschaftspolitischen Debatte im Land. Insbesondere Volkswirte von den führenden Universitäten, Forschungsinstitutionen, dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, aber auch führende Wirtschaftspolitiker äußerten immer wieder Forderungen nach weniger Staatseingriffen auf den Finanzmärkten, den Arbeits-, den Güter- und den Dienstleistungsmärkten.

Während sich die Politik der Deregulierung auf den Finanzmärkten etwa in der Zulassung von Hedge-Fonds in Deutschland manifestierte, schlugen sich eine Reihe von anderen Deregulierungsmaßnahmen in dem Reformpaket „Agenda 2010“ nieder. Im Rahmen dieses Paketes wurden nicht nur die Geldleistungen für Langzeitarbeitslose unter dem Titel „Hartz-IV“ zurückgeschnitten, sondern auch die Beschränkungen für Zeitarbeitsfirmen gelockert sowie die Regeln für einige Handwerksberufe gelockert. Vielen Volkswirten ging dies aber nicht weit genug, sie forderten eine Lockerung des Kündigungsschutzes oder eine Auflösung des Flächentarifvertrags.

Angesichts der aktuellen Finanzkrise, bei deren Entstehen nach vorherrschender Meinung eine unzureichende Regulierung und Aufsicht auf den Finanzmärkten und bei den Banken eine zentrale Rolle spielte, hat sich inzwischen die Debatte in Deutschland gedreht. In der öffentlichen Meinung ist Deregulierung derzeit kein politisches Thema, mit dem die Volksparteien auf Stimmenfang gehen würden. Vielmehr wird nun eher darüber gestritten, in welchen Bereichen mehr Regulierung notwendig ist. Allerdings wird diese Debatte dabei auch nicht ganz ehrlich geführt. Viele jener, die ursprünglich kaum genug Deregulierung

bekommen konnten, wollen nun an ihre früheren Forderungen nicht mehr erinnert werden. Der oben angeführte Satz aus dem Unionswahlprogramm 2005 wird sich sicher in keinem der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2009 wiederfinden. Vielmehr ist sogar damit zu rechnen, dass die Wahlkampfstrategen der Union sich bemühen werden, dass stark auf Deregulierung getrimmte Wahlprogramm 2005 in die Vergessenheit zu drücken, weil derzeit Deregulierungsforderungen eben nicht mehr als opportun wahrgenommen werden. Ähnliches dürfte zumindest für die Wahlkampfmanager der SPD und der Grünen gelten. Auch diese Parteien oder ihre damaligen Spitzenpolitiker hatten sich während der großen Zeit der Deregulierungs-Forderungen für den Rückbau des Staates in vielen Bereichen stark gemacht, die in den aktuellen Krisenzeiten nun als wenig populär gelten.¹

Zum Teil sind aktuelle Aussagen führender Politiker – aber auch führender Volkswirte – deutlich verschieden von ihren Forderungen aus den Jahren vor der Krise.

Vor dem Hintergrund dieses enormen Stimmungswandels soll die vorliegende Studie die Aussagen zur Deregulierung von führenden Volkswirten und Wirtschaftspolitikern aus der Zeit vor der Krise dokumentieren.

Dabei soll keineswegs Deregulierung grundsätzlich als etwas Problematisches hingestellt werden. Die Darstellung in dieser Studie soll vielmehr der Diskussion der Frage dienen, ob nicht möglicherweise Deregulierungsforderungen in den Jahren vor der Krise oft pauschal und wenig reflektiert getroffen worden sind. Ein schnelles und weitgehendes Umschwenken der einzelnen Wirtschaftswissenschaftler bzw. Politiker nach der Krise würde tendenziell auf ein solches, möglicherweise vorschnelles Urteil hindeuten. Auch undifferenzierte Forderungen nach Deregulierung in vielen Politikfeldern gleichzeitig würde – vor dem Hintergrund der Erfahrung nicht zuletzt aus der Finanzkrise, dass bestimmte Regulierungen klar, gut und wünschenswert sind - eher dafür sprechen, dass die ursprünglichen Urteile übereilt gefällt wurden.

Zuguterletzt soll die Studie damit auch einen Überblick darüber geben, welche Politiker bzw. Wissenschaftler sich wie stark für Deregulierung ausgesprochen haben. Vor allem der Anhang soll dabei als Fundstellensammlung für all jene dienen, die Wissenschaftler oder Politiker an ihre früheren Deregulierungsforderungen erinnern möchten.

¹ Einzig die FDP scheint derzeit noch klar die Linie eines kleineren Staates und weniger staatlicher Eingriffe zu verteidigen. Die Linkspartei taucht in dieser Aufzählung nicht auf, weil diese Partei auch in den Jahren der großen Deregulierungsdebatte in erster Linie neue Regulierungen vertreten hat.

Die Studie ist dabei folgendermaßen aufgebaut: Abschnitt 2 beschreibt die Methodik der Studie. In Abschnitt 3 werden die Ergebnisse präsentiert. Abschnitt 4 gibt ein Fazit zu den Ergebnissen. Im Anhang sind unter anderem die Zitate wiedergegeben, auf denen die Beurteilung aufbaut.

2 Methodik

Ziel der Studie ist es, die Forderungen und Empfehlungen führender Wirtschaftspolitiker sowie der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung zu untersuchen, inwieweit diese in den Vor-Krisen-Jahren einen „Deregulierungs-Bias“ hatten. Um eine möglichst große Verwendbarkeit der Ergebnisse zu erreichen, sollten möglichst folgende Kriterien durch die Methodik eingehalten werden:

- **Zweifelsfreie Zurechenbarkeit:** Zitate sollten möglichst zweifelsfrei dem untersuchten Politiker/Wissenschaftler zuzuordnen sein.
- **Nachvollziehbarkeit:** Die Einordnung von einzelnen Personen und Positionen ins Lager der Deregulierungs- oder Regulierungsbefürworter soll möglichst nachvollziehbar sein.
- **Vergleichbarkeit:** Die Auswertung soll so gestaltet sein, dass die Ergebnisse zwischen den betrachteten Politikern/Wissenschaftlern vergleichbar sind.

Für diese Ziele wurden zwei Herangehensweisen kombiniert, eine qualitative und eine quantitative: Zum ersten wurde eine qualitative Untersuchung durchgeführt, bei der für die einzelnen Politiker und Ökonomen nach klaren Abgrenzungsregeln Zitate zu 14 konkreten Regulierungs- bzw. Deregulierungsbereichen aus 5 Politikfeldern gesucht wurden. Diese Zitate wurden zunächst in einer Zitatsammlung zusammengeführt und weiter zu Schlagworten zusammengefasst.

Aus dieser Zitatsammlung wurde in einem zweiten Schritt die quantitative Auswertung für die Studie gezogen. Dabei wurde zum einen untersucht, welcher Anteil der Politiker und Ökonomen sich zu einzelnen Politikfragen in Richtung Regulierung oder Deregulierung geäußert haben. Zudem wurde in einem dritten Schritt der Versuch unternommen, einen „Regulierungsindex“ für die einzelnen Politiker und Politikberater zu berechnen, mit dem in einer einzelnen Zahl abgebildet werden soll, in wie vielen Fragen die betroffene Person für Regulierung bzw. für Deregulierung eingetreten ist. Auch wenn dieser Indikator mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren ist, erlaubt er einerseits einen interpersonellen Vergleich

zum Umfang möglicher Deregulierungstendenzen, zum anderen erlaubt er einen Vergleich zwischen Ökonomen und Politikern bei den Überzeugungen zur Balance zwischen Markt und Staat.

Um die Studie gleichzeitig in einem unter den Rahmenbedingungen bearbeitbaren Umfang zu halten, musste der Kreis der untersuchten Persönlichkeiten stark eingegrenzt werden. Von den hunderten von Politikern, die sich gelegentlich oder regelmäßig zu wirtschaftlichen Themen äußern, musste deshalb ebenso ein übersichtlicher Kreis ausgewählt werden wie von den hunderten von Wirtschaftswissenschaftlern an deutschen Hochschulen und Forschungsinstitutionen, die sich ebenfalls zu Regulierungs- oder Deregulierungsfragen äußern.

2.1 Auswahl der untersuchten Persönlichkeiten

Die Auswahl der untersuchten Persönlichkeiten wurde bereits im Vorfeld der Studie und in Absprache mit dem Auftraggeber vorgenommen. Dabei wurden folgende Persönlichkeiten ausgewählt:²

- Als einflussreiche Wirtschaftspolitiker wurden die Mitglieder des Bundeskabinetts identifiziert, die sich mit wirtschaftsrelevanten Themen befassen (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Umwelt, aber auch Kanzleramt und Außenministerium) sowie die Bundeskanzlerin. Darüber hinaus wurden die gegenwärtigen Parteivorsitzenden der sechs großen Parteien (CDU, CSU, SPD, FDP, Die Grünen, Die Linke) ausgewählt. Da vor allem die Ministerpräsidenten der größten Bundesländer in der öffentlichen Debatte eine meinungsbildende Rolle spielen (und auch regelmäßig als potenzielle Bundesminister gehandelt werden), wurden die Ministerpräsidenten der sechs größten Länder in die Studie miteinbezogen.
- Da die Studie aber auch die Empfehlungen von einflussreichen Politikberatern untersuchen soll, wurden die Präsidenten der für die öffentliche Debatte relevanten Forschungsinstitute mit einbezogen (IfW, HWWI, Ifo-Institut München, RWI, IWH und DIW). Darüber hinaus wurden die Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage in die Untersuchung einbezogen.

² Die frühe Festlegung auf den Personenkreis erklärt auch, warum sich einige Personen in der Studie befinden, die heute keine politische Relevanz mehr haben. So wurden etwa noch die Äußerungen des früheren Bundeswirtschaftsministers Michael Glos berücksichtigt, nicht aber Äußerungen des aktuellen Amtsinhabers Karl-Theodor zu Guttenberg.

Insgesamt wurden 29 Personen ausgewählt, davon 18 Politiker und 11 Ökonomen. Die Namensliste befindet sich im Anhang.

2.2 Quellen

Für diesen derart identifizierten Personenkreis wurden die öffentlichen Aussagen nach Forderungen zur Regulierung bzw. Deregulierung untersucht. Dabei war ein Ziel, tatsächlich den Politikern oder Wissenschaftlern zweifelsfrei die ein oder andere Aussage zuzuordnen zu können. Da Zitatfetzen oder einzelne Zitatsätze in Zeitungsartikeln oftmals verkürzt, verfälscht oder aus dem Zusammenhang gerissen wiedergegeben werden, konzentriert sich diese Studie auf Quellen, deren Authentizität wenig angreifbar sind. Dabei wurden vor allem indirekte Zitate, die ohne genaue Zeit- und Quellenangabe in den Medien häufig zur Kontextualisierung verwendet werden, vernachlässigt, weil diese erfahrungsgemäß wenig zuverlässig sind.³

Bei den Politikern sind damit in erster Linie öffentliche Reden etwa auf Parteitage, im Bundestag oder zu öffentlichen Auftritten (etwa Bankenkongress) von Relevanz sowie Wortlautinterviews und Gastbeiträge in der deutschen Presse. Sowohl Wortlautinterviews als auch Gastbeiträge sind üblicherweise bis auf Detailformulierung und redaktionelle Änderungen mit den betroffenen Politikern abgestimmt.

Zudem wurden öffentliche Äußerungen der Ökonomen untersucht. Diese beziehen sich zum einen auf die einschlägigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die auf die breite Öffentlichkeit zielen (SVR-Gutachten, Gemeinschaftsgutachten) sowie Presseäußerungen. Während der Recherche hat es sich als sinnvoll erwiesen, in erster Linie die Gutachten heranzuziehen. Im Gegensatz zu Zeitungsinterviews sind die politischen Empfehlungen dort konkreter und detaillierter dargestellt. Oftmals sind die Forderungen und Empfehlungen in der Presse stark verkürzt beschrieben. Zudem messen die Autoren den wissenschaftlichen Gutachten eine größere Relevanz bei als den Presseartikeln. Die Gutachten dienen zudem als Grundlage für weitere Presseberichte, sind mithin als Quelle der weiteren Verbreitung von Wissenschaftleraussagen zu sehen. Nicht miteinbezogen wurden wissenschaftliche Beiträge, da diese selten konkrete Politikempfehlungen (vor allem nicht für die deutsche Politik) beinhalten, sondern meist eher theoretisch gehalten sind.

³ So mag etwa in einem Artikel über die Forderungen von Roland Koch zu Steuersenkungen stehen: „Damit widerspricht Koch der CDU-Chefin Angela Merkel, die derzeit Steuersenkungen ablehnt.“ Zwar gibt der Journalist damit eine Position Merkels wieder, durch die Verkürzung kommt es aber oft zu Fehlern. Deshalb wurde für die vorliegende Studie eine solche Aussage nicht als Indiz für eine Position Merkels gewertet.

Als Quellen wurden zunächst die persönlichen Webseiten der Politiker und Ökonomen herangezogen sowie die Seiten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Die persönlichen Webseiten der Politiker unterscheiden sich leider sehr stark in deren Qualität und Inhalten. Die Seite von Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt beispielsweise einen vollständigen Pressespiegel zur Verfügung, der sämtliche Interviews und Gastbeiträge ihrer Amtszeit abdeckt. Zudem sind sämtliche Reden zugänglich. Dies ist jedoch leider die positive Ausnahme. Die meisten Politiker stellen lediglich Pressemitteilungen und ausgewählte Reden ins Internet.

Wesentlich informativer sind die Webseiten der Institute sowie des Sachverständigenrates. Sie enthalten alle relevanten Gutachten. Darüber hinaus haben einige Institutspräsidenten einen vollständigen oder zumindest sehr guten Pressespiegel. Nicht unerwähnt bleiben soll hier allerdings, dass die Verwendung der Gemeinschaftsgutachten der Institute zur Bestimmung der Position der Institutspräsidenten freilich ein gewisses Problem mit sich bringt: Anders als bei den Mitgliedern des Sachverständigenrates sind die Gemeinschaftsgutachten den Präsidenten eigentlich streng genommen nicht direkt zuzuordnen, weil diese von den Konjunkturabteilungen der Institute und nicht von den Präsidenten selber erstellt wurden. Deshalb wurde in diesen Fällen persönlichen Äußerungen der Institutspräsidenten ein höheres Gewicht als den Äußerungen in den Gemeinschaftsgutachten zugeschrieben.

Die persönlichen Webseiten der Mitglieder des Sachverständigenrates waren für diese Studie wenig hilfreich, da sie in erster Linie auf das wissenschaftlich interessierte Publikum abzielen. Einen eigenen Pressespiegel hat keines der Mitglieder.

Nachdem zunächst (auch aus Kostengründen) die öffentlich zugänglichen Internetseiten auf die relevanten Themen hin untersucht worden sind, wurde im nächsten Schritt die Genios-Pressedatenbank herangezogen. Die Genios-Pressedatenbank greift auf mehr als 1000 Publikationen aus über 250 Verlagshäusern weltweit zurück. Die Suche wurde daher auf die Datenbank „Tages- und Wirtschaftspresse“ beschränkt. Diese beinhaltet 34 deutschsprachige Titel, eine Auflistung befindet sich im Anhang. Zwar hätten die Autoren die Suche auf die überregionalen Titel beschränken können, allerdings hat sich gezeigt, dass vor allem Politiker, die lokal stark verbunden sind, relevante Interviews auch gerne ihrem „Heimatblatt“ geben (beispielsweise Olaf Scholz dem „Hamburger Abendblatt“ oder Oskar Lafontaine den „Saarbrücker Nachrichten“).

Ein wesentlicher Nachteil der Genios-Pressedatenbank ist die Tatsache, dass sie die beiden Springer-Publikationen „Bild“ und „Bild am Sonntag“ nicht beinhaltet. Nach Vergleich mit anderen Pressedatenbanken und unter Berücksichtigung der Kosten und Zugangsmöglichkeiten hat sich die Genios-Pressedatenbank jedoch als die Pressedatenbank herausgestellt, die am zweckmäßigsten ist.

2.3 Zeitraum

Als Beobachtungszeitraum wurde gemäß der Vereinbarung mit dem Auftraggeber der Zeitraum vom Beginn der Debatte über die „Agenda 2010“ Anfang des Jahres 2003 bis zum Überschwappen der US-Subprimekrise auf Deutschland Ende 2007 bestimmt. Dieser Vierjahreszeitraum wurde in der Annahme gewählt, dass selbst in jenen Fällen, in denen es durch die Finanzkrise zu einem Umdenken in Regulierungs-/Deregulierungsfragen gekommen ist, dies erst zu dem Zeitpunkt geschehen ist, als die Folgen der Krisen Ende 2007 nach Deutschland herüberschwappten.

Während der Recherche hat sich jedoch herausgestellt, dass bereits mit den ersten Zeichen der Finanzkrise Mitte 2007, also mit den Problemen der IKB, Politiker und Ökonomen ihre Meinung änderten. Fortan sprachen sich Politiker und Ökonomen vor allem bei Finanzmarktthemen für mehr Staat und weniger Regeln aus (abgesehen von Thomas Straubhaar (HWWA), der unmittelbar nach den bekannt gewordenen Schwierigkeiten der IKB noch abstritt, dass es mehr Regeln bräuchte). Da dies das quantitative Ergebnis vor allem bei Finanzmarktthemen erheblich verzerrt hätte, wurde das Ende des Beobachtungszeitraum für dieses Themengebiet auf September 2007 gelegt.

2.4 Themenfelder mit kurzer Beschreibung

Für die Untersuchung wurden fünf breite Politikfelder ausgewählt, nämlich die Finanzmarktregulierung, Corporate Governance, Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme und Dienstleistungsmärkte. Für jedes dieser Politikfelder wurden dazu zwei bis vier Detailfragen definiert. Diese Detailfragen wurden einerseits mit Blick auf die wichtigsten Politikdiskussionen in den Jahren 2003 bis 2007 definiert, andererseits mit Rücksicht auf weiter anhaltende Debatten.

2.4.1 Finanzmarkt

Im Bereich der Finanzmarktregulierung wurden die folgenden Fragen untersucht:

- Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge-Fonds und Private-Equity: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Lockerung oder Verschärfung der Regulierung von Hedge-Fonds und Private Equity ausgesprochen?
- Derivatregulierung: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine stärkere Regulierung des Handels bzw. der Verwendung von Finanzderivaten ausgesprochen?
- Bankenaufsicht: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Lockerung oder Verschärfung der Bankenaufsicht ausgesprochen?
- Öffentliche Banken: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Rückschneiden der Rolle der öffentlichen Banken ausgesprochen?

2.4.2 Corporate Governance

Im Bereich der Finanzmarktregulierung wurden die folgenden Fragen untersucht:

- Begrenzung Manager-Gehälter: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine gesetzliche Regelung der Manager-Gehälter ausgesprochen?
- Mitbestimmung: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Beschneidung der deutschen Mitbestimmungsregeln ausgesprochen?

2.4.3 Arbeitsmarkt

Im Bereich der Arbeitsmarktregulierung wurden die folgenden Fragen untersucht:

- Kündigungsschutz: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Lockerung des Kündigungsschutzes ausgesprochen?
- Flächentarif: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Aufweichung des Flächentarifs ausgesprochen?
- Befristete Arbeitsverträge: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Lockerung der Beschränkungen von befristeten Arbeitsverträgen ausgesprochen?
- Deregulierung bei der Zeitarbeit: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Lockerung der Regeln für Zeitarbeit ausgesprochen?

2.4.4 Soziale Sicherungssysteme

Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme wurden die folgenden Fragen untersucht:

- Rolle der privaten Krankenversicherung: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten dafür ausgesprochen, größere Teile der Krankenversicherung bzw. der Gesundheitsvorsorge aus der gesetzlichen Krankenversicherung auszugliedern und damit die Rolle der PKV zu stärken?
- Rolle der privaten Altersvorsorge: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten dafür ausgesprochen, die private Altersvorsorge zu stärken?

2.4.5 Dienstleistungsmärkte

Im Bereich der Dienstleistungsmärkte wurden die folgenden Fragen untersucht:

- EU-Dienstleistungsrichtlinie: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ausgesprochen?
- Handwerksordnung: Haben sich die untersuchten Persönlichkeiten für eine Aufweichung der Handwerksordnung ausgesprochen?

2.5 Fallstricke und gewählte Lösungen

Wie bereits in Abschnitt 2.2 angedeutet, haben sich bei der Recherche bezüglich der Quellenlage einige Probleme ergeben. Die Internetseiten sind von höchst unterschiedlicher Qualität. Dennoch dienten die persönlichen Webseiten als primäre Quelle, denn an den Einträgen müssen sich Politiker und Ökonomen messen lassen.

Prinzipiell als weiteres Problem gesehen werden kann die Tatsache, dass Politiker auf ihren Webseiten nur im Rahmen ihres aktuellen Amtes portraitiert sind. Reden oder Pressebeiträge vor ihrer Amtszeit in einer anderen Funktion sind im Netz nicht mehr verfügbar.

Beispielsweise sind keine Äußerung von Siegmund Gabriel als niedersächsischer Ministerpräsident auf seiner persönlichen Seite zu finden, sondern nur Beiträge als Bundesumweltminister. Allerdings sollte man bei diesem Problem beachten, dass die untersuchten Personen ja nach ihrer derzeitigen und nicht nach vergangenen Positionen ausgewählt worden sind. Zudem konnten bei der anschließenden Recherche über die Pressedatenbank Aussagen in früheren Positionen berücksichtigt werden.

Sofern keine Aussagen zu bestimmten Themen auf den persönlichen Webseiten gefunden wurden, wurden diese über die Pressedatenbank gesucht. Dabei galt es einen geeigneten Suchfilter zu finden. Denn wenn lediglich der Name in Verknüpfung mit dem Themenfeld eingegeben wird, gibt es zu viele Treffer, deren Untersuchung Zeit- und Budgetrahmen des

Gutachtens gesprengt hätten.⁴ Für „Merkel UND Kündigungsschutz“ gibt es beispielsweise 3168 Treffer im Beobachtungszeitraum. Ebenso ungeeignet ist es, nach Interviews zu suchen. „Merkel UND Interview“ ergibt 10618 Treffen, was dadurch zu erklären ist, dass nicht nur Interviews von Angela Merkel angezeigt werden, sondern auch solche, in denen andere über sie reden bzw. Texte, die sich auf Interviews mit oder über Merkel beziehen.

Als geeigneter Suchfilter hat sich daher „Name UND Thema UND Interview“ herausgestellt. Für „Merkel UND Kündigungsschutz UND Interview“ ergeben sich dann 320 Treffen. Dies heißt allerdings nicht, dass Angela Merkel 320 Interviews zu diesem Thema gegeben hat, sondern dass es insgesamt 320 Interviews gibt, in der über Kündigungsschutz und Merkel gesprochen werden. Mit Hilfe dieser Suchfunktion konnten die relevanten Interviews von Angela Merkel jedoch relativ einfach und im Rahmen des Budgets gefunden werden.

Zwei Nachteile hat diese Suchfunktion aber: Erstens werden Interviews, die nicht als solche gekennzeichnet sind, mit dieser Funktion nicht gefunden. Ist ein Interview beispielsweise als Redaktionsgespräch oder SZ-Gespräch gekennzeichnet, fällt es durch das Suchraster. Es ist aber anzumerken, dass bei allen größeren Interviews das Wort „Interview“ im Laufe des Texts einmal fällt. Die sich daraus ergebende Fehlerquote ist als gering einzuschätzen.

Ein größeres Problem stellt sich jedoch bei den Themenfeldern. Oft äußern sich Politiker zwar zu einem bestimmten Themenfeld, allerdings nicht mit den in der Studie festgelegten Schlagwörtern. Um beispielsweise eine relevante Äußerung zum Thema Flächentarif zu finden, ist es sinnvoll auch die Begriffe Tarifparteien, Tarifvertrag, Tarifbindung, betriebliche Bündnisse einzugeben. Ähnliche Probleme ergaben sich vor allem bei den Themen Derivate, Bankenaufsicht, Öffentliche Banken, Mitbestimmung, befristete Verträge, Zeitarbeit, private Altersvorsorge, die ebenfalls mit Synonymen gesucht wurden.

Angesichts der beschriebenen Probleme kann nicht ausgeschlossen werden, dass der eine oder andere Artikel oder das ein oder andere Interview nicht erfasst worden ist. Aufgrund der Beobachtungen der Recherche sowie der Berufserfahrung als Journalisten der Autoren kann jedoch davon ausgegangen werden, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit der allergrößte Teil der relevanten Artikel gefunden wurde.

⁴ Die Anzeige eines Artikels, wie sie zur Bewertung des Inhalts notwendig wäre, kostet je nach Publikation in der Genios-Datenbank zwischen 2 und 3 €. Allein die Auswertung aller Artikel mit der Suchmaske „Merkel UND Kündigungsschutz“ hätte damit Kosten von bis zu 10000 € verursacht.

Betont werden muss in diesem Zusammenhang aber auch, dass es Politiker gibt, die sich zu fachfremden Themen nicht äußern, wie beispielsweise Siegmund Gabriel, der nur Interviews zu Umweltthemen gibt, oder Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Gerade Parteivorsitzende haben sich auch oft auf andere Themen spezialisiert, wie etwa Cem Özdemir auf Migrationsfragen. Wiederum andere Politiker, aber auch Institutspräsidenten treten in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung, wie etwa Kanzleramtschef Thomas de Maizière oder Ulrich Blum vom IWH Halle. Dies erklärt die zum Teil schwache Datenlage bei einigen Personen.

Problematisch ist ferner, dass gerade Politiker selbst im relativ kurzen Beobachtungszeitraum nicht notwendigerweise bei der einmal geäußerten Meinung geblieben sind. Stattdessen war häufig zu beobachten, dass Politiker ihre Äußerungen der jeweiligen öffentlichen Debatte anpassen. Beispielsweise hat Jürgen Rüttgers im Rahmen der „Heuschreckendebatte“ sich gegen eine stärkere Regulierung von Hedge-Fonds ausgesprochen (siehe Anhang). Im Herbst 2007 hat er sich im Rahmen eines Interviews mit dem Stern unterstützt er indes eine Regulierung von Fonds. Ziel der Studie ist es allerdings nicht die jeweils opportunen Aussagen der Politiker zu dokumentieren, sondern die grundsätzliche Meinung herauszufiltern. Wie eingangs erwähnt wurden daher die Äußerungen ab dem Herbst 2007 nicht mehr in die Auswertung einbezogen, gleichwohl die Autoren die Aussagen bis Ende des Jahres gesichtet haben, um Fehler auszuschließen.

Als etwas problematisch hat sich auch die Ergebnisfindung bei den Ökonomen des Sachverständigenrates erwiesen. Die übliche beschriebene Herangehensweise, zunächst die persönliche Internetseite zu sichten, dann die Institutsseite (in diesem Fall SVR-Seite), und fehlende Themen über die Pressedatenbank ergänzen, hat zu folgendem Ergebnis geführt. Über die persönlichen Internetseiten konnte aus den eingangs beschriebenen Gründen kein einziger Begriff gefunden werden. Nach Heranziehen der SVR-Gutachten, der nächste Schritt, waren 10 von 14 Begriffen besetzt. Die verbleibenden vier Begriffe wurden dann über die Pressedatenbank recherchiert, blieben aber ergebnislos (siehe angehängte Interviews). Folglich decken sich die Ergebnisse der SVR-Mitglieder weitgehend. Die einzige Ausnahme hierzu ist Peter Bofinger, der im Jahresgutachten 2005/6 (siehe Anhang) über mehrere Seiten abweichende Meinungen zu Arbeitsmarktfragen zu Protokoll gab. Da die anderen Mitglieder des Sachverständigenrates sich nicht abweichend von dem gemeinsamen Gutachten geäußert haben, muss deshalb davon ausgegangen werden, dass für die im Gutachten behandelten Themen Einmütigkeit unter ihnen herrscht.

2.6 Quantitative Auswertung der Recherche

Im quantitativen Teil der Studie ist im nächsten Schritt versucht worden, einen „Regulierungsindex“ zu konstruieren, mit dem sich in einer einzelnen Zahl zusammenfassen lässt, in wie vielen Themenfeldern der einzelne Politiker oder Ökonom sich für Regulierung bzw. Deregulierung ausgesprochen hat.

Dabei wurden zunächst für jede Person ermittelt, ob sie sich bei den einzelnen in Abschnitt 2.4 beschriebenen 14 Detailfragen für Regulierung oder Deregulierung ausspricht. Aus diesen Daten wurden dann für jede Person Regulierungsteilindizes für die 5 großen Themenfelder Finanzmarktregulierung, Corporate Governance, Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme und Dienstleistungsmärkte berechnet. Diese Teilindizes geben dabei die Prozentzahl der Detailfragen im jeweiligen Themenfeld an, für die die untersuchte Person sich für Regulierung ausgesprochen hat. Jene Fragen, für die sich in der qualitativen Recherche keine Antwort gefunden hatte, wurden dabei bei der Berechnung ausgeklammert.

Wenn sich also ein Politiker (wie Oskar Lafontaine) gegen eine Deregulierung des Kündigungsschutzes und der Zeitarbeit ausgesprochen hat, sich aber zu Flächentarif und befristeten Verträgen nicht geäußert hat, so bekommt er als Regulierungsteilindex für den Bereich Arbeitsmarkt den Wert von 100 Prozent zugewiesen (100 Prozent seiner Aussagen zum Themenfeld Arbeitsmarkt sind für Regulierung). Hat er sich (wie Michael Glos) für eine Flexibilisierung von Kündigungsschutz und Zeitarbeit ausgesprochen, sich zu Flächentarif und befristeten Verträgen nicht geäußert, wird dem Teilindex 0 Prozent zugewiesen. Ebenfalls 0 Prozent ergibt sich für den Teilindex, wenn ein Politiker wie Angela Merkel für alle vier Arbeitsmarktfragen sich in Richtung Deregulierung äußert.

Der Gesamt-Regulierungsindex für die einzelnen Politiker wurde dann in einem zweiten Schritt das arithmetische Mittel der Regulierungsteilindizes ermittelt. Als Ergebnis ergibt sich damit für jeden Politiker und Ökonomen eine Zahl zwischen 0 und 100 Prozent, die ein grobes Maß für den Regulierungs- bzw. Deregulierungshang der einzelnen Person wiedergibt.

Für die Berechnung dieses Indikators ist dabei das Begriffspaar „Regulierung/Deregulierung“ etwas weiter gefasst worden. Vor allem im Bereich soziale Sicherung ist nicht immer ganz klar, ob einzelne Politikoptionen mehr oder weniger Regulierung bedeuten. Wenn etwa die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zurückgeschnitten werden, ist die nicht eindeutig mit mehr oder weniger gesetzlichen Regeln verbunden. Von daher wurde zur

Berechnung des Regulierungsindex untersucht, ob die untersuchte Person für ein einzelnes Politikfeld mehr oder weniger Staatseingriffe wünscht.

Ein Wert von 0 Prozent bei dem Regulierungsindex lässt sich deshalb als einen starken Hang zum Rückbau des Staates interpretieren, ein Wert von 100 Prozent als deutlicher Hang zu einer größeren Rolle des Staates als heute. Zu beachten ist bei der Interpretation dieser Ergebnisse allerdings, dass der Index verzerrt sein kann für jene Politiker, die sich nur zu sehr wenig der untersuchten Themen geäußert haben. Wenn etwa wie für Thomas de Mazière nur zu einer Fragestellung – der Managervergütung – eine Aussage gefunden wurde, diese sich zudem gegen Regulierung ausspricht, so ergibt sich damit ein Indexwert von 0 Prozent. Von daher sollte vor Verwendung der Indexwerte überprüft werden, auf welche Zahl der Aussagen sich dieser Index im spezifischen Fall bezieht.

Im Detail wurde zur Berechnung des Regulierungsindex wie folgt vorgegangen: Nach Recherche der Aussagen wurden diese in einer Tabelle gesammelt und bewertet. Um die entsprechenden Indizes zu berechnen, wurden die Antworten mit 0 und 1 bewertet, wobei 1 für Regulierung und mehr staatlichen Eingriff steht und 0 für Deregulierung bzw. weniger Staat. Antworten, die lediglich den Status Quo kritisieren, aber weder in die eine oder andere Richtung Stellung nehmen, wurden nicht berücksichtigt.

Als Problem stellte sich dabei heraus, dass nicht alle Aussagen immer eindeutig waren. Um die Gefahr einer möglichen subjektiven Einschätzung zu vermindern, haben die beiden Autoren deshalb die Antworten jeweils getrennt bewertet und die Indizes berechnet. Die in dieser Studie vorgestellten Gesamtergebnisse wurden schließlich aus dem arithmetischen Mittel der beiden unabhängigen Bewertungen ermittelt.

Es ist jedoch zu beachten, dass die Bewertung nicht immer nach der oben klaren Definitionen erfolgen kann. Dies liegt vor allem daran, dass die beobachteten Personen sich in vielen Fällen nicht eindeutig pro oder contra Regulierung äußern. In den seltensten Fällen wird konkret von Regulierungs- oder Deregulierungsmaßnahmen gesprochen. So war es den Autoren vorbehalten, die Aussagen zu interpretieren. Deshalb sollten bei Interpretation der Ergebnisse die folgenden Bewertungsdetails berücksichtigt werden.

Finanzmarkt

Die Aussagen zu diesen Themen waren überwiegend eindeutig. Es ist jedoch hervorzuheben, dass Franz Münteferings Ruf nach stärkerer Regulierung der Hedge-Fonds und Private-Equity-Branche deutlich von denen anderer Politiker und Ökonomen unterscheidet.

Münzfefering will die Branche dahingehend regulieren, dass bestimmte soziale Interessen gewahrt werden. Die Finanzmarktstabilität steht im Vergleich zu den übrigen Äußerungen im Hintergrund. Dieser Unterschied findet sich naturgemäß in der 0/1 Bewertung nicht wieder.

Für die Frage nach öffentlichen Banken wurde eine 1 vergeben, sobald die entsprechende Person den Status Quo öffentlicher Banken in Deutschland verteidigt hat. Eine 0 wurde vergeben, wenn Einschnitte bei der Rolle öffentlicher Banken gefordert wurden.

Corporate Governance.

Die eingangs erwähnte Tatsache, dass sich Politiker zwar zu einem Thema äußern, aber keine Stellung nehmen ob oder welche Regulierung sie wünschen, trifft in erster Linie auf das Thema Manager-Gehälter zu. Nahezu jeder Politiker befindet diese für zu hoch, vermeidet jedoch konkrete Lösungsvorschläge zu nennen. Diese Tatsache wurde zwar in der Ergebnistabelle festgehalten, da die Autoren den Lesern diese Information nicht vorenthalten wollten. In die Berechnung der Indizes gingen diese Aussagen jedoch nicht ein.

Zum Thema Mitbestimmung ist anzumerken, dass auch die Antworten als regulierende gewertet wurden, auch wenn es lediglich um den Erhalt des Status Quos ging. Die Antworten sind in zwei Gruppen einzuteilen. In die Gruppe, die eine Flexibilisierung der betrieblichen Mitbestimmung fordert und die, die eine Stärkung und Ausbau befürwortet. Folglich bewerten die Autoren auch den Erhalt als Regulierung, auch wenn es sich streng genommen nicht um „mehr“ Regulierung handelt.

Arbeitsmarkt

Aus denselben Beweggründen wie beim Thema Mitbestimmung wurden auch hier die Antworten als regulierend eingestuft, die lediglich den Erhalt von Flächentarifvertrag und Kündigungsschutz fordern.

Soziale Sicherungssysteme

Die Bewertung zum Thema soziale Sicherungssysteme ist insofern mit Schwierigkeiten verbunden, als dass es zum Thema Private Krankenkasse und Altersvorsorge eine Vielzahl von Lösungsvorschlägen gibt, die teils regulierend, teils deregulierend im Vergleich zum derzeitigen Status Quo wirken würden. Eine vollkommene Privatisierung der Krankenversicherung oder Altersvorsorge fordert (fast) niemand. Vielmehr geht es darum, ob die Rolle des Staates gestärkt werden soll oder der Bürger mehr Verantwortung übernehmen

soll. Danach erfolgte auch die Bewertung, 0 steht für weniger Staat und mehr Eigenverantwortung, 1 für mehr Staat und weniger Eigenverantwortung.

Dienstleistungsmärkte

Da die EU-Dienstleistungsrichtlinie eine Verschärfung des Wettbewerbsdruck auf dem deutschen Dienstleistungsmarkt nach sich gezogen hätte und für eine Reihe von Regelungen de facto eine Deregulierung bedeutet hätte, wurde eine Unterstützung der EU-Dienstleistungsrichtlinie als Befürwortung von „Deregulierung“ gewertet und mit einer 0 bewertet. Ein Widerstand oder Ruf nach Nachbesserung hingegen wurde mit einer 1 bewertet. Die Reform der Handwerksordnung hat eine Reihe von Berufen aus den Voraussetzungen der Handwerksordnung entlassen und wurde deshalb als „Deregulierung“ gewertet.

Für den Leser mag es auf den ersten Blick irritierend sein, dass die Politiker, die sich in den übrigen Themengebieten überwiegend für mehr Regulierung eingesetzt haben nun für mehr Liberalisierung sind und umgekehrt. Dies liegt daran, dass die Novelle der Handwerksordnung eine Lockerung des Meisterzwangs beinhaltet, der vor allem von Union kritisiert wird.

3 Ergebnisse

Vor genauerer Interpretation der Ergebnisse ist festzuhalten, dass sich die Äußerungen von Politikern und Ökonomen insofern unterscheiden, als dass die Meinungen der Politiker sich über den Beobachtungshorizont eher als variabel erwiesen, d.h. es gibt eine Reihe von Fällen, in denen sich ein Politiker zunächst zu einem Themenfeld in die eine Richtung äußert, um dann sich später entgegengesetzt zu äußern. Dies könnte man dahingehend interpretieren, dass Politiker eher von Stimmungen unter den Wählern bzw. in den Medien getrieben sind, während die Ökonomen eher grundsätzlichen Überzeugungen folgen.

Während des Beobachtungszeitraums waren die Deregulierungsrufe in der Zeit von 2003 bis 2004 am stärksten. In dieser Zeit wurden im Rahmen der Agenda 2010 wurden auf dem Arbeitsmarkt, aber auch auf dem Dienstleistungsmarkt zahlreiche deregulierende Maßnahmen verabschiedet, wie etwa die Lockerung des Kündigungsschutzes. Selbst SPD-Politiker propagieren, wenn vielleicht auch nicht so deutlich, mehr Eigenverantwortung und weniger Staat. Die Beobachtungen sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich Deutschland unter den Industrieländer am zögerlichsten von der Wirtschaftskrise in Folge des Platzens der Internetblase erholt hatte. Offensichtlich herrschte damals bei allen Parteien (bis auf vielleicht

die Linkspartei bzw. deren Vorläufer) die Ansicht, mit weniger Staat und mehr Markt international wettbewerbsfähiger zu werden.

Nach 2004 flachte die Deregulierungsdebatte zunächst weitgehend ab. Dies mag daran liegen, dass nach allgemeiner Wahrnehmung mit den Agenda 2010-Gesetzen besonders auf dem Arbeitsmarkt der Staat bereits zurückgedrängt worden war, vielleicht auch daran, dass 2005 ein Aufschwung einsetzte. Mit der von Franz Müntefering im Frühjahr 2005 ausgelösten „Heuschreckendebatte“, in der Müntefering ein schärferes Vorgehen gegen Private-Equity-Investoren und Hedge-Fonds fordert (wenn auch vor allem aus sozialen Beweggründen), kam jedoch neuer Schwung in die Debatte. Münteferings Ruf nach einer stärkeren Regulierung wurde überwiegend mit Verständnislosigkeit quittiert. Die Sorge, ausländische Investoren abzuschrecken, war auf allen Seiten groß, etwa auch bei Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (siehe Anhang, ähnlich Äußerungen hatte Steinbrück auch schon früher gemacht, sind aber aus den anfangs beschriebenen Gründen hier nicht weiter dokumentiert). Der Sachverständigenrat widmete sich der „Heuschreckendebatte“ in seinem Jahresgutachten 2005/06 ausführlich diesem Thema und kam zu dem Schluss, dass Hedge-Fonds und die Private-Equity-Branche keiner weiteren Regulierung bedürfen. Offensichtlich war in dieser Zeit der Wunsch am weltweiten Aufwärtstrend, vor allem auch an den Finanzmärkten, teilzunehmen, stark ausgeprägt und hat etwaige Bedenken in den Hintergrund treten lassen.

Hervorzuheben ist, dass dieser allgemeinen Jubelstimmung zum Trotz Claudia Roth bereits Ende 2006 vor den wachsenden Risiken der Finanzbranche gewarnt hat. Auch Bundeskanzlerin Merkel lag nicht im Trend als sie sich im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft und während des G8-Gipfels in Heiligendamm im Juni 2007 für mehr Transparenz in der Finanzbranche warb – nur wenige Wochen, bevor die Stimmung auch bei anderen Politikern umschlug und die Finanzkrise mit dem Fast-Zusammenbruch der IKB nach Europa schwappte.

Ein massiver Umschwung in der Debatte folgte im Herbst 2007. Nachdem mit der IKB erstmals ein deutsches Finanzinstitut in die Schlagzeilen geriet, rückten vor allem Politiker von ihrem Deregulierungskurs in der Öffentlichkeit ab. In den ersten Wochen geschah dies noch recht zaghaft (siehe Steinbrück-Rede vom 04.09.2007 im Anhang). Im Laufe des Herbsts rückt der Ruf nach stärkerer Überwachung allerdings nach vorne (siehe FAZ-Interview mit Peer Steinbrück vom 12.10.2007, aus den eingangs beschriebenen Gründen ist dieser Artikel nicht mehr in die Auswertung mit einbezogen).

Bei der Beobachtung dieses Richtungswechsels ist jedoch auch die Rolle der Journalisten und der Medien zu bedenken. Die politische Debatte wird in den Medien oft durch ein so genanntes „framing“ bestimmt, das heißt nur solche Nachrichten werden wahrgenommen, die in die aktuelle öffentliche Debatte passen. Es ist durchaus plausibel, dass warnende Äußerungen vor allem bei Journalisten bis 2007 kein Gehör fanden. Der Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn etwa hat sich in wissenschaftlichen Publikationen auch vor der Krise zum Teil gegen Regulierungswettbewerb im Finanzsektor ausgesprochen und damit für mehr Regulierung ausgesprochen. In der Öffentlichkeit und in den Medien findet sich davon allerdings nichts. Bei Vorstellung seines neuen Buches „Kasino-Kapitalismus“ kritisierte er, dass diese Äußerungen damals nicht aufgenommen worden seien. Gleichzeitig muss man sich aber die Frage stellen, ob diese Äußerungen tatsächlich auch dann untergegangen wären, wenn Sinn die öffentlichkeitswirksamen populärwissenschaftlichen Publikationen seines Instituts für eine solche Themensetzung benutzt hätte.

Die Gesamtergebnisse sind als Stichworte in den Tabelle 1 bis Tabelle 4 festgehalten. Dort sind die im Anhang aufgelisteten Aussagen zu Stichworten verdichtet. Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Regulierungsteilindizes und die Regulierungsindizes. Tabelle 6 gibt die Daten wieder, auf denen der Regulierungsindex aufbaut.

Tabelle 1: Zusammenfassung Äußerungen Regulierung Finanzmärkte

	Hedge-Fonds Private Equity	Derivate	Bankenaufsicht	Öffentliche Banken
A. Merkel	Regulierung	Regulierung	Regulierung	-
P. Steinbrück	Keine Regulierung	-	Vorsichtig regulieren	Pro Drei-Säulen-Model
M. Glos	-	-	Keine Verschärfung	-
O. Scholz	-	-	-	-
F. Steinmeier	Leichte Regulierung	-	-	-
T. de Maizièrè	-	-	-	-
S. Gabriel	-	-	-	-
F. Müntefering	Mehr soziale Regeln	-	-	-
G. Westerwelle	-	-	-	-
C. Roth	Mehr Regeln	-	-	-
C. Özdemir	-	-	-	-
O. Lafontaine	Regulierung	-	-	-
J. Rüttgers	Keine Regeln	-	-	-
K. Beck	Regulierung mit Einschränkungen	-	-	-
H. Seehofer	-	-	-	-
R. Koch	Europäische Regeln	-	-	-
G. Oettinger	-	-	-	-
C. Wulff	-	-	-	-
SVR-Gutachten	Kein Regulierungsbedarf	Liberalisierung	Zentrale EU- Aufsichtsbehörde	Privatisierung
B. Rürup	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR
P. Bofinger	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR
B. Weder di Mauro	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR
W. Franz	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR
W. Wiegard	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR
Gemeinschaftsdiagnose	-	-	-	-
K. Zimmermann	-	-	-	-
H.-W. Sinn	-	-	-	-
D. Snower	-	-	-	-
C. Schmidt	-	-	-	-
U. Blum	-	-	-	-
T. Straubhaar	-	-	-	Gegen Regulierung

Tabelle 2: Zusammenfassung Äußerungen Corporate Governance

	Manager-Gehälter	Mitbestimmung
A. Merkel	Gegen Regeln	Pro Investivlohn
P. Steinbrück	Steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen begrenzen	Erhalt der Mitbestimmung
M. Glos	-	-
O. Scholz	Absetzbarkeit von Gehältern beschränken	Gegen weitere Deregulierung
F. Steinmeier	Kritisiert hohe Gehälter	-
T. de Maizière	Keine gesetzliche Regelung	-
S. Gabriel	-	Pro Mitbestimmung
F. Müntefering	Veröffentlichung	Pro Mitbestimmung
G. Westerwelle	Kritisiert hohe Gehälter	Schärfere Regeln
C. Roth	-	Pro Mitbestimmung
C. Özdemir	-	-
O. Lafontaine	Beschränkung	-
J. Rüttgers	Kritisiert hohe Abfindungen	Gegen Lockerung
K. Beck	Fordert Gehaltsverzicht	Stärkung der Mitbestimmung
H. Seehofer	Kritisiert hohe Gehälter	-
R. Koch	Kritisiert hohe Gehälter	Lockerung der betrieblichen Mitbestimmung
G. Oettinger	Gegen Offenlegung	Gegen Deregulierung
C. Wulff	-	-
SVR-Gutachten	-	-
B. Rürup	-	-
P. Bofinger	-	-
B. Weder di Mauro	-	-
W. Franz	-	-
W. Wiegard	-	-
Gemeinschaftsdiagnose	-	-
K. Zimmermann	-	-
H.-W. Sinn	Rechtfertigt Höhe	Miteigentum
D. Snower	-	Flexibilisierung
C. Schmidt	-	-
U. Blum	-	-
T. Straubhaar	Verteidigt hohe Gehälter	-

Tabelle 3: Zusammenfassung Äußerungen Soziale Sicherung/Dienstleistungen

	Private Krankenversicherung	Private Altersvorsorge	Dienstleistungsrichtlinie	Handwerksordnung
A. Merkel	Erhalt der PKV als Vollversicherung	Förderung d. Riester-Rente	Deregulierung	Regulierung
P. Steinbrück	Mehr Eigenverantwortung	Mehr Eigenverantwortung	Pro DL-Richtlinie	-
M. Glos	PKV für bestimmte Bereiche	-	Liberalisierung	Eingeschränkte Deregulierung
O. Scholz	Bürgerversicherung	Private Zusatzversicherung	-	Pro Novelle
F. Steinmeier	-	-	-	-
T. de Maizière	-	-	-	-
S. Gabriel	Gegen Wahlfreiheit	Private Zusatzversicherung	-	-
F. Müntefering	Bürgerversicherung	Private Zusatzversicherung	Contra Richtlinie	-
G. Westerwelle	Statt GKV	Ergänzung	-	Begrüßt Novelle
C. Roth	Gegen Privatisierung	Gegen Privatisierung	-	-
C. Özdemir	-	-	-	-
O. Lafontaine	-	Staatlich	-	-
J. Rüttgers	PKV für alle zugänglich machen	Steuerliche Begünstigung	-	-
K. Beck	Gegen PKV	Deutschlandfonds	-	-
H. Seehofer	Gegen derzeitige Trennung der Systeme	Gesetzliche Verpflichtung	-	-
R. Koch	PKV für bestimmte Bereiche	Pro private Vorsorge	-	Gegen Kammeröffnung
G. Oettinger	Höherer Eigenanteil für Besserverdiener	Bedingte gesetzliche Verpflichtung	Deregulierung	-
C. Wulff	Wahlfreiheit	Wahlfreiheit	-	Gegen Öffnung
SVR-Gutachten	Wettbewerb fördern	GKV bevorzugt	-	Pro Novelle
B. Rürup	Siehe SVR	Siehe SVR	-	Siehe SVR
P. Bofinger	Siehe SVR	Siehe SVR	-	Siehe SVR
B. Weder di Mauro	Siehe SVR	Siehe SVR	-	Siehe SVR
W. Franz	Siehe SVR	Siehe SVR	-	Siehe SVR
W. Wiegard	Siehe SVR	Siehe SVR	-	Siehe SVR
Gemeinschaftsdiagnose	Mehr Eigenverantwortung	Mehr Eigenverantwortung	-	-
K. Zimmermann	Für stärkere PKV	Kombination	Liberalisierung	Liberalisierung
H.-W. Sinn	PKV als Zusatz	Zusatzversicherung	-	-
D. Snower	Siehe GD	Siehe GD	-	-
C. Schmidt	Private Zusatzversicherung	Siehe GD	-	RWI pro Novelle
U. Blum	Vollständige Privatisierung	Siehe GD	-	-
T. Straubhaar	Siehe GD	Private Zusatzleistung, später Bürgergeld	Liberalisierung	-

Tabelle 4: Zusammenfassung Äußerungen Arbeitsmarkt

	Kündigungsschutz	Flächentarifvertrag	Befristete Verträge	Zeitarbeit
A. Merkel	Lockerung	Mehr Flexibilität	2 Jahre Probezeit	Pro Zeitarbeit
P. Steinbrück	Gegen Lockerung	Erhalt	-	-
M. Glos	Flexibilisierung	-	-	Flexibilisierung
O. Scholz	Keine weitere Lockerung	-	Lockerung	Flexibilisierung
F. Steinmeier	-	-	-	-
T. de Maizière	-	-	-	-
S. Gabriel	Lockerung	-	-	-
F. Müntefering	Lockerung	Erhalt	Erleichterung	Lockerung
G. Westerwelle	Lockerung	Flexibilisierung	-	-
C. Roth	Gegen Lockerung	Erhalt	-	-
C. Özdemir	-	-	-	-
O. Lafontaine	Gegen Lockerung	-	-	Gegen Lockerung
J. Rüttgers	Gegen Lockerung	Gegen weitere Flexibilisierung	-	-
K. Beck	Gegen Lockerung	Erhalt	Gegen dauerhafte Befristung	-
H. Seehofer	-	Erhalt Tarifautonomie	-	Regulierung über Entsendegesetz
R. Koch	Flexibilisierung	Lockerung	Lockerung	Deregulierung
G. Oettinger	Lockerung	Lockerung	-	-
C. Wulff	Flexibilisierung	Flexibilisierung	-	-
SVR-Gutachten	Lockerung	Flexibilisierung	Flexibilisierung	-
B. Rürup	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	-
P. Bofinger	Verteidigung	Keine Lockerung	Verteidigung bisherige Regeln	-
B. Weder di Mauro	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	-
W. Franz	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	-
W. Wiegand	Siehe SVR	Siehe SVR	Siehe SVR	-
Gemeinschaftsdiagnose	Flexibilisierung	Lockerung	-	Lockerung
K. Zimmermann	Siehe GD	Öffnungsklauseln	-	Siehe GD
H.-W. Sinn	Abzuschaffen	Öffnung	-	Pro Zeitarbeit
D. Snower	Flexibilisierung	Abschaffung	-	Siehe GD
C. Schmidt	Siehe GD	Siehe GD	-	Siehe GD
U. Blum	Siehe GD	Siehe GD	-	Siehe GD
T. Straubhaar	Abfindungsvereinbarung	Betriebliche Bündnisse	-	Siehe GD

3.1 Deregulierungshang bei Ökonomen

Allgemein lässt sich dabei sagen, dass sich die Ökonomen im Beobachtungszeitraum deutlich stärker für Deregulierung ausgesprochen haben als die Politiker. Der Regulierungsindex über alle Politikfelder erreichte im Durchschnitt für die Ökonomen lediglich 6 Prozent, für die untersuchten Politiker immerhin 52 Prozent. Die allergrößte Mehrheit der Politiker hatte einen Regulierungsindex oberhalb jenem des durchschnittlichen Ökonomen.

Auffallend ist, dass sich die Ökonomen dabei in zwei große Gruppen teilen: Einmal die Gruppe der Mitglieder des Sachverständigenrates, die (bis auf Peter Bofinger) alle einen Regulierungsindex von 13 Prozent erreichen und einmal die Gruppe der Institutspräsidenten, von denen alle einen Index von 0 Prozent erreichen. Einsamer Ausreißer unter den Ökonomen ist Peter Bofinger, der einen Indexwert von 38 Prozent erreichte.

Diese Beobachtung lässt an sich zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder führt der unterschiedliche Prozess der Berufungen von SVR-Mitgliedern und Institutspräsidenten zu diesem Unterschied oder aber diese Unterschiede ergeben sich aus dem unterschiedlichen Entstehungsprozess der jeweiligen Gutachten. So wäre denkbar, dass die politische Natur der Berufungen der SVR-Mitglieder (diese werden von der Bundesregierung berufen, eines von ihnen auf Empfehlung der Gewerkschaften, eines auf Empfehlung der Arbeitsgeber) dazu führt, dass die Positionen der Mitglieder näher an denen der Politiker (und damit im Zweifel auch der Wähler liegen). Bei der Berufung der Institutspräsidenten steht dagegen stärker die (in akademischen Publikationen gemessene) akademische Erfahrung im Vordergrund, da die Präsidenten üblicherweise überwiegend mit Wissenschaftlern besetzte Berufungskommissionen ausgewählt werden. Von daher wäre zu erwarten, dass die Institutspräsidenten stärker als der Sachverständigenrat die Positionen der ökonomischen Profession in Deutschland abbilden. Alternativ wäre allerdings auch denkbar, dass sich in dem höheren Regulierungsindex des SVR die Überzeugungsarbeit einzelner Deregulierungskritischen Ratsmitglieds niederschlägt. Der intensive Arbeits- und Diskussionsprozess bei der Entstehung des SVR-Gutachtens, zusammen mit dem Bemühen der Mitglieder, üblicherweise Konsens zu erzielen, könnte dazu führen, dass es häufiger Kompromisse gibt, die von der reinen Glaubenslehre der Mitglieder abweichen. Leider lässt sich aus den Beobachtungen dieser Studie nicht schlussfolgern, welcher der beiden Erklärungsansätze plausibler ist.

Während damit im Beobachtungszeitraum für die Institutspräsidenten keine Aussage gefunden wurde, die mehr Staat in einem der einbezogenen Politikfelder wünschte, waren die

Aussagen der Sachverständigen zumindest für die soziale Sicherung differenzierter: Der Rat weist an verschiedenen Stellen darauf hin, dass nur die gesetzliche Krankenkasse Versicherungslücken und andere Risiken, etwa Altersarmut, decken kann (siehe Anhang, Gutachten 2006).

Zudem hat sich der Sachverständigenrat recht früh nach Ausbruch der Krise, im Herbst 2007 in seinem Jahresgutachten 2007/8, für eine stärkere Bankenaufsicht auf europäischer Ebene ausgesprochen. Da jedoch der Fokus der Studie explizit auf Aussagen *vor* der Krise basiert, und die Aussagen zum Finanzmarkt aus den vorherigen Gutachten, insbesondere des Jahres 2005, keine solchen Forderungen enthalten, wurden diese Aussagen nicht mehr mit einbezogen. Insgesamt wäre aber auch der Effekt auf den Regulierungsindex relativ gering: Würde man den Sachverständigen einen Ruf nach mehr Bankenaufsicht zugestehen, so würde sich der entsprechende Index für alle außer Peter Bofinger 19 Prozent, für Peter Bofinger 44 Prozent ergeben.

Peter Bofingers deutlich höherer Wert auf der Regulierungsskala ergibt sich dagegen vor allem aus seiner abweichenden Position zur Arbeitsmarktpolitik, wo er keine Aufweichung des Flächentarifs, keinen Abbau des Kündigungsschutzes und keine stärkere Deregulierung der Vorschriften zur Begrenzung befristeter Arbeitsverträge forderte.

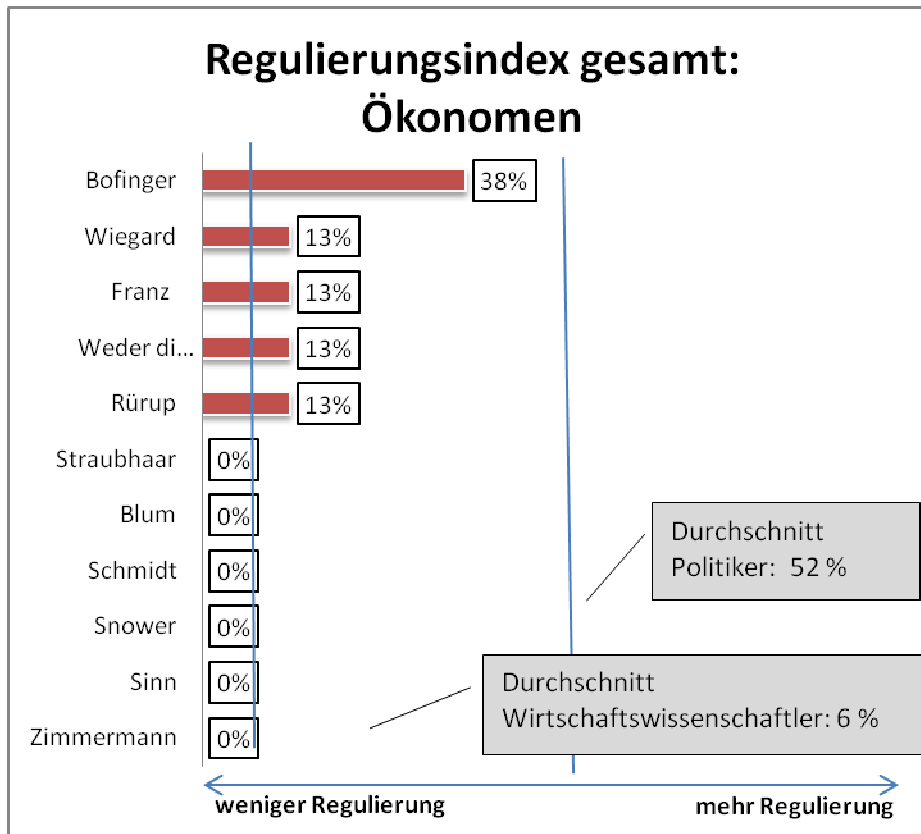


Abbildung 1: Regulierungsindex Ökonomen

Tabelle 5: Regulierungsindex: Teilindizes und Gesamtindex

	Finanzmarkt	Corporate Governance	Arbeitsmarkt	Sozialversicherungen	Dienstleistungen	Gesamtindex
Beck	100%	100%	100%	100%		100%
de Maziere		0%				0%
Gabriel		100%	0%	50%		50%
Glos	0%		0%	0%	75%	19%
Koch	100%	0%	0%	0%		25%
Lafontaine	100%	100%	100%	100%		100%
Merkel	83%	0%	13%	0%	50%	29%
Müntefering	100%	100%	38%	50%	100%	78%
Oettinger		50%	0%	0%	0%	13%
Özdemir						
Roth	100%	100%	100%	100%		100%
Rüttgers		100%	100%	0%		67%
Scholz		100%	33%	75%	0%	52%
Seehofer		0%	100%			50%
Steinbrück	50%	75%	100%	0%	0%	45%
Steinmeier	100%					100%
Westerwelle		0%	0%	0%	0%	0%
Wulff			0%	0%	100%	33%
Durchschnitt Politiker	81%	59%	46%	34%	41%	52%
Blum			0%	0%		0%
Bofinger	0%		100%	50%	0%	38%
Franz	0%		0%	50%	0%	13%
Rürup	0%		0%	50%	0%	13%
Schmidt			0%	0%	0%	0%
Sinn		0%	0%	0%		0%
Snower		0%	0%	0%		0%
Straubhaar	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Weder di Mauro	0%		0%	50%	0%	13%
Wiegard	0%		0%	50%	0%	13%
Zimmermann			0%	0%	0%	0%
Durchschnitt Ökonomen	0%	0%	9%	23%	0%	6%

3.2 Durchwachsene Bilanz bei Politikern

Wesentlich weniger eindeutig als die Position der Ökonomen war im Untersuchungszeitraum die Position der Politiker zu Regulierungs- und Deregulierungsfragen. Insgesamt wurde im Durchschnitt für die Politiker ein Regulierungsindex von knapp über 50 Prozent ermittelt. Oder anders ausgedrückt: Der durchschnittliche Politiker wollte in etwa der Hälfte der Politikfelder weniger Staat, in der anderen Hälfte mehr Regulierung oder zumindest den Erhalt des Status Quo.

Dieser Wert überdeckt allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Politikern und Parteien. So gibt es eine Reihe von Politikern, die wie Oskar Lafontaine, Kurt Beck, Claudia Roth und Frank-Walter Steinmeier einen Regulierungsindex von 100 Prozent erreichen. Gleichzeitig gibt es Politiker wie Guido Westerwelle, Thomas de Mazière und Günther Oettinger, die einen Regulierungsindex von 0 Prozent oder knapp darüber erreichen. Bei der Interpretation dieser Werte muss allerdings beachtet werden, dass die Indizes für Steinmeier und de Mazière sehr wenig aussagekräftig sind, weil sie sich jeweils nur auf eine einzelne Aussage stützen: Im Falle Steinmeiers auf eine Forderung zur stärkeren Regulierung von Hedge-Fonds, im Falle de Mazières auf eine Aussage, Manager-Gehälter nicht gesetzlich zu begrenzen. Angesichts der Tatsache, dass Steinmeier oft als „Architekt der Agenda 2010“ bezeichnet wurde, dürfte sein Indexwert verzerrt sein. Insgesamt gibt es vier Politiker, für die weniger als fünf Aussagen zu Regulierungsfragen gefunden wurden und für die deshalb der Regulierungsindex nicht bzw. nur mit größter Vorsicht verwendet werden sollte: Cem Özdemir (keine Aussage), Frank-Walter Steinmeier, Thomas de Mazière und Horst Seehofer. Sowohl der Vorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine, als auch die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, erreichten in der Auswertung einen Regulierungsindex von 100 Prozent. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle erreichte einen – erwartungsgemäß niedrigen – Regulierungsindex von 0 Prozent.

Interessant ist, dass es für die Politiker von Union und SPD weniger klare Tendenzen gibt. Innerhalb der SPD gibt es zum einen Politiker, die wie Beck in allen untersuchten Fragen konsistent gegen Deregulierung waren. Gleichzeitig gibt es allerdings auch Politiker wie Peer Steinbrück, der mit einem Indexwert von lediglich 45 Prozent der Deregulierung stärker zugeneigt war als der durchschnittliche untersuchte Politiker.

In der Union hingegen gab es Politiker, die wie Jürgen Rüttgers mit 67 Prozent Werte erreichen, die sich durchaus mit Sozialdemokraten vergleichen lassen ebenso wie Politiker wie Oettinger oder Michael Glos, die Werte unter 20 Prozent erreichen. Interessant ist zu beobachten, dass selbst unter den beiden CSU-Politikern in der Untersuchung, Horst Seehofer und Michael Glos, der Regulierungsindex stark divergiert: Seehofer erreicht mit 50 Prozent einen Wert über jenem des SPD-Vizevorsitzenden Peer Steinbrück, Glos erreicht mit 19 Prozent einen Wert nahe dem von FDP-Chef Westerwelle.

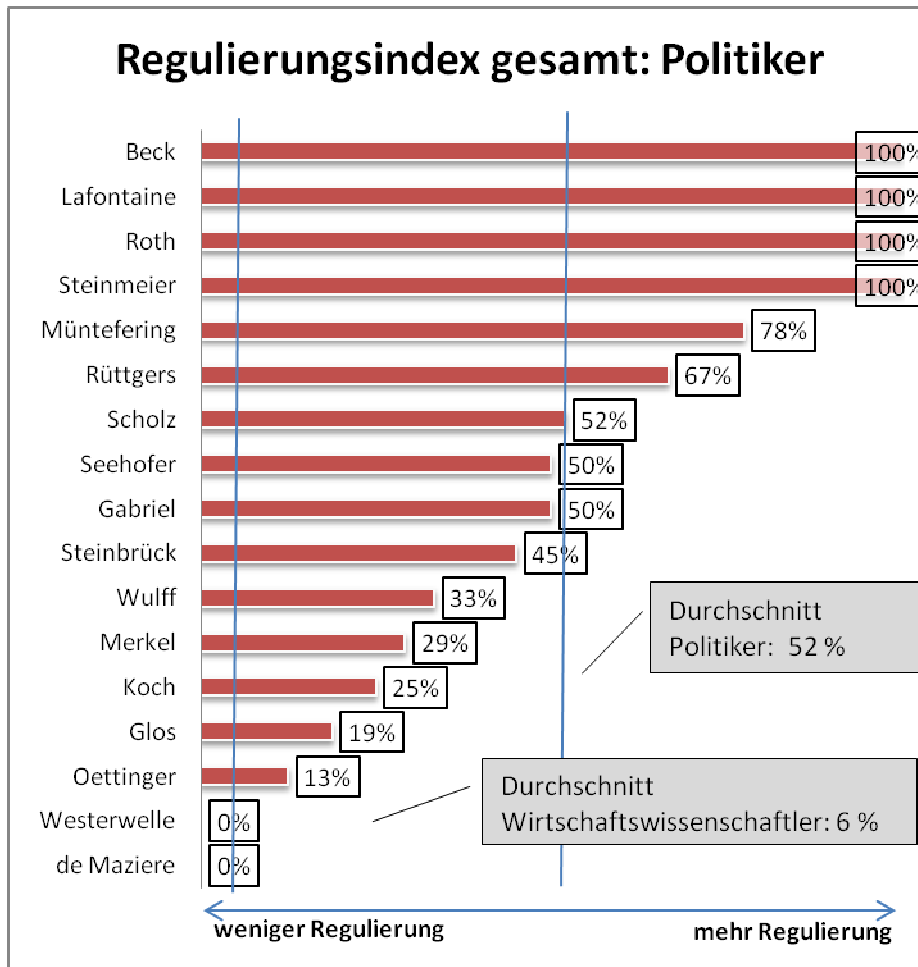


Abbildung 2: Regulierungsindex Politiker

Abbildung 3 fasst die Ergebnisse der Untersuchung noch einmal nach Themenfeldern zusammen: Die Abbildung stellt dar, welcher Anteil der Antworten zu einem bestimmten Fragenkomplex als „Mehr Staat“ gewertet wurden. Diese Anteile sind zudem nach Ökonomen und Politikern getrennt ausgewiesen. Ein Wert von 59 Prozent für die Politiker bei dem Fragenkomplex zum Flächentarif bedeutet hier etwa, dass 59 Prozent der Politiker, für die Aussagen zum Flächentarif gefunden wurden, sich für dessen Erhalt ausgesprochen haben. Der Wert von 9 Prozent für Ökonomen zu diesem Thema bedeutet, dass sich nur 9 Prozent der Volkswirte ebenfalls für den Erhalt ausgesprochen haben.

Nach Themenfeldern sortiert fällt auf, dass auch vor der Finanzmarktkrise die Finanzmarktthemen den größten Anteil von Regulierungsforderungen auf sich gezogen haben. Dabei gab es von Politikern vor allem Rufe nach der Regulierung von Hedge-Fonds, Private Equity und Derivaten. Auch wurde in allen Aussagen zu öffentlichen Banken deren

Rolle verteidigt. Interessanterweise waren die Rufe der Politiker nach Veränderungen in der Bankenaufsicht bzw. einer schärferen Bankenaufsicht dagegen eher selten.

Ebenfalls ein starker Favorit für Deregulierungswiderstand in der Politik war die Reform der Handwerksordnung. Hier dürfte eine Rolle gespielt haben, dass das Klientel der Union FDP betroffen war, Parteien, deren Politiker sich in der Studie ansonsten eher für Deregulierung ausgesprochen haben.

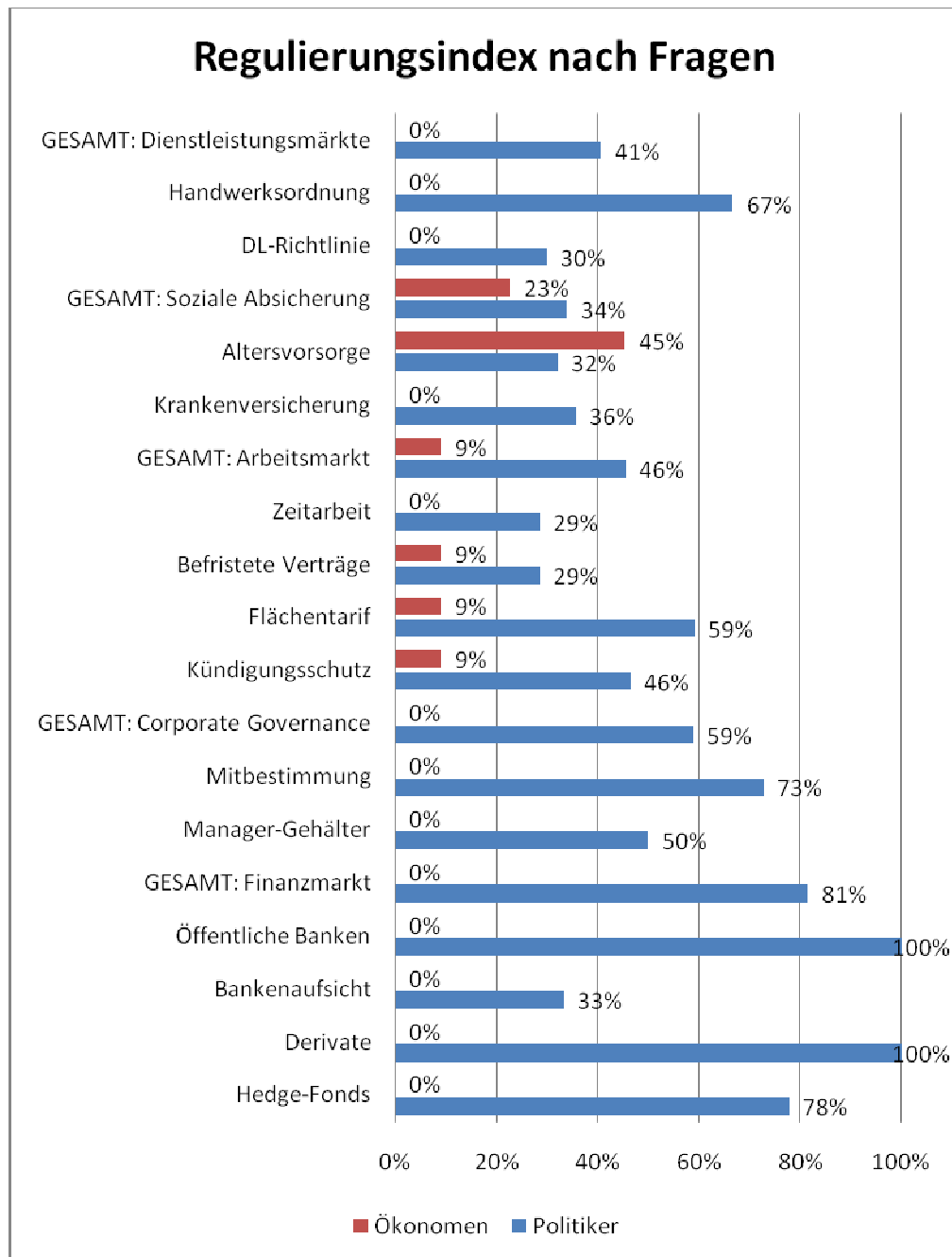


Abbildung 3: Regulierungsindex nach Detailfragen

4 Schlusswort und Ausblick

Fasst man diese Ergebnisse zusammen, so lässt sich zunächst feststellen, dass es einen deutlichen Unterschied zwischen ökonomischen Politikberatern auf der einen Seite und Politikern auf der anderen Seite zu der Frage nach weiterer Deregulierung bzw. Regulierung von Finanzmarkt, Gütermärkten, dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaft im generellen gibt. Unter den Ökonomen, die per Amt zentrale Rollen für die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland einnehmen, gibt es einen großen Kreis von Wissenschaftlern, der zumindest vor der Finanzmarktkrise 2007 öffentlich in keinem einzigen der untersuchten Politikfelder mehr Staat oder mehr Regulierungen gefordert hat. Es ist jenseits der Aufgabe dieser Studie, zu bewerten, inwieweit diese Politikempfehlungen der Volkswirte angemessen waren. Angesichts der Probleme, die mangelhafte Regulierung im Finanzmarkt derzeit der Weltwirtschaft bescheren, deutet jedoch diese pauschale Ablehnung jeglicher zusätzlicher Regulierung darauf hin, dass es möglicherweise unter den Wissenschaftlern einen Hang zur undifferenzierten Forderung von weiteren Deregulierungsschritten gegeben hat.

Unter den Politikern hingegen ist ein solcher „Deregulierungs-Bias“ nicht pauschal festzustellen. Hier scheinen sich Äußerungen zu mehr Deregulierung mit Verteidigern des Status Quo und Forderungen nach mehr staatlichen Eingriffen in etwa die Waage zu halten. Zumindest die Spitzenpolitiker der Linkspartei, der Grünen und (mit Einschränkungen) der SPD haben sich im Untersuchungszeitraum systematisch gegen weitere Deregulierungen und oftmals für neue Regeln in den untersuchten Themenfeldern ausgesprochen.

Dieses Ergebnis ist insofern interessant, als dass in den Jahren nach 2003 (und damit im Beobachtungszeitraum) nach einhelliger Meinung (auch regulierungskritischer Volkswirte) die SPD-geführte Bundesregierung mit Beteiligung der Grünen eine ganze Reihe von Gesetzen (die Hartz-Gesetze, die Reform der Handwerksordnung usw.) auf den Weg gebracht und verabschiedet hat, die die Rolle des Staates tendenziell zurückgedrängt und Regulierung abgebaut haben. Die Diskrepanz zwischen diesem Prozess und den in dieser Studie untersuchten Politiker-Äußerungen könnte prinzipiell mehrere Ursachen haben. Zum einen könnte es sich um ein „Survivor-Bias“ der Stichprobe handeln: Viele der zentralen Figuren der Agenda 2010-Reformen gehören heute nicht mehr zu den aktiven Spitzenpolitikern. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder ebenso wie der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement haben kein aktives politisches Amt mehr inne. Die Studie aber hat explizit zum Jahresende 2008 aktive Spitzenpolitiker in bestimmten Ämtern zum Untersuchungsgegenstand genommen, nicht die aktiven Spitzenpolitiker aus den Jahren 2003

oder 2004. Dies könnte die Ergebnisse dahin gehend verzerren, dass die SPD-Politiker im Durchschnitt als weniger der Deregulierung zugeneigt dargestellt werden als dies tatsächlich der Fall war. Denkbar ist allerdings auch, dass die SPD-Politiker zwar in ihren Reden und Interview-Äußerungen sich verbal kritisch gegenüber einem weiteren Zurückdrängen des Staates äußern, tatsächlich aber andere – diesen Aussagen widersprechende - Maßnahmen umgesetzt haben. Wäre dies der Fall, so müsste man sich fragen, warum die Politiker dergestalt handeln. Die einzige sinnvolle Erklärung wäre wohl, dass die Politiker Deregulierungsschritte eigentlich für richtig halten, ihre Wähler aber über ihre wahre Intention täuschen wollen, um von diesen wiedergewählt zu werden.

Ohne weitere Kenntnisse über die Wünsche der Wähler und deren Einstellung zu Regulierungs- bzw. Deregulierungsfragen müssen solche Überlegungen allerdings Spekulationen bleiben. Jenseits der Aufgabenstellung dieser Studie, aber sehr interessant für die politische Debatte wäre vor diesem Hintergrund die Frage, inwieweit die Bevölkerung eigentlich zu den angeschnittenen Reformoptionen steht. Leider ist den Autoren dieser Studie keine Umfrage bekannt, die systematisch die Einstellung der Deutschen zu spezifischen Wirtschaftsreformen abgefragt hat. Eine solche Umfrage und ein Abgleich mit dieser Studie könnte allerdings eine sinnvolle Erweiterung für künftige Untersuchungen darstellen.

5 Anhänge

5.1 Liste: einbezogene Personen

1. Bundeskabinett:
 - a. Angela Merkel
 - b. Peer Steinbrück
 - c. Michael Glos
 - d. Olaf Scholz
 - e. Frank-Walter Steinmeier
 - f. Thomas de Maizière
 - g. Siegmund Gabriel
2. Parteivorsitzende
 - a. Franz Müntefering
 - b. Guido Westerwelle
 - c. Claudia Roth
 - d. Cem Özdemir
 - e. Oskar Lafontaine
3. Ministerpräsidenten
 - a. Jürgen Rüttgers
 - b. Kurt Beck
 - c. Horst Seehofer
 - d. Roland Koch
 - e. Günther Oettinger
 - f. Christian Wulff
4. Sachverständigenrat
 - a. Bert Rürup
 - b. Peter Bofinger
 - c. Beatrice Weder di Mauro
 - d. Wolfgang Franz
 - e. Wolfgang Wiegand
5. Institute
 - a. Klaus Zimmermann
 - b. Hans-Werner Sinn

- c. Dennis Snower
- d. Christoph Schmidt
- e. Ulrich Blum
- f. Thomas Straubhaar

Insgesamt: 29 Personen

5.2 Liste verwendete Medien in der Genios-Datenbank

Allgemeine Zeitung Mainz

Börsen-Zeitung

Dolomiten (APA)

Frankfurter Allgemeine Zeitung

FAZ.NET

Financial Times Deutschland

Focus/Focus Money

Frankfurter Rundschau

Hamburger Abendblatt

Handelsblatt

Handelsblatt.com

Kölner-Stadt-Anzeiger

Leipziger Volkszeitung

Luxemburger Tageblatt

Mitteldeutsche Zeitung

Neue Zürcher Zeitung/NZZ am Sonntag

Die Presse (APA)

Rheinische Post

Saarbrücker Post

Schweriner Volkszeitung

Der Spiegel/Spiegel Online

Der Standard (APA)

Stuttgarter Zeitung

Stern

Süddeutsche Zeitung

Der Tagesspiegel

die Tageszeitung

Thüringer Allgemeine

Die Welt/Welt am Sonntag

Wiesbadener Kurier

WirtschaftsWoche online

WirtschaftsWoche

Die Zeit

5.3 Bewertung Politiker und Ökonomenaussagen

Tabelle 6: Details Bewertung Politiker- und Ökonomenaussagen

	Hedge-Fonds	Derivate	Bankenaufsicht	Öffentliche Banken	Manager-Gehälter	Mitbestimmung	Kündigungsschutz	Flächentarif	Befristete Verträge	Zeitarbeit	Krankenversicherung	Altersvorsorge	DL-Richtlinie	Handwerksordnung
Beck	1				1	1	1	1	1		1	1		
Blum							0	0		0	0	0		
Bofinger	0	0		0			1	1	1		0	1		0
de Maziere					0									
Franz	0	0		0			0	0	0		0	1		0
Gabriel						1	0				1	0		
Glos			0				0		0	0	0		0,5	1
Koch	1				0	0	0	0	0	0	0	0		1
Lafontaine	1				1		1			1		1		
Merkel	1	1	0,5		0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	1
Müntefering	1				1	1	0,5	1	0	0	1	0	1	
Oettinger					0	1	0	0			0	0	0	
Özdemir														
Roth	1					1	1	1	1		1	1		
Rürup	0	0		0			0	0	0		0	1		0
Rüttgers	0					1	1	1			0	0		
Schmidt							0	0		0	0	0		0
Scholz					1	1	1		0	0	1	0,5		0
Seehofer					0			1		1	0	1		
Sinn					0	0	0	0		0	0	0		
Snower						0	0	0		0	0	0		
Steinbrück	0		0,5	1	0,5	1	1	1			0	0	0	
Steinmeier	1				1									
Straubhaar	0		0	0	0		0	0		0	0	0	0	
Weder di Mauro	0	0		0			0	0	0		0	1		0
Westerwelle						0	0	0			0	0		0
Wiegard	0	0		0			0	0	0		0	1		0
Wulff							0	0			0	0		1
Zimmermann							0	0		0	0	0	0	0

Anmerkung: In der Tabelle sind die arithmetischen Mittel der Bewertung der einzelnen Aussagen durch die beiden Autoren der Studie angegeben. Eine „1“ bedeutet dabei, dass beide Autoren die Aussage(n) als Befürwortung von Regulierung interpretiert haben, eine „0“, dass beide Autoren die Aussage(n) als Befürwortung von Deregulierung interpretiert haben. Eine „0,5“ bedeutet, dass die Autoren unterschiedliche Einschätzungen hatten. Aus den Daten dieser Tabelle sind die Regulierungsindizes berechnet worden.

5.4 Dokumentation Politikeraussagen

5.4.1 Kurt Beck

Quellen: <http://www.kurt-beck.de> (ausgewählte Interviews und Publikationen) sowie Genios Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

„Auch Franz Müntefering hat damals ein ganzes Spektrum beschrieben - von Unternehmen einerseits, die in Betriebe investieren, um sie nach vorne zu bringen, und andererseits von solchen Unternehmen, die Firmen übernehmen, um sie auszuschlachten und von dannen zu ziehen. Was die zweite Gruppe angeht, sind das noch immer nicht die Freunde der SPD, und wir werden alles tun, um dagegen vorzugehen. Aber es ist doch klar, dass wir als größtes Wirtschaftsland in Europa und Exportweltmeister uns nicht außerhalb der internationalen Finanztransfers stellen wollen und können.“

Handelsblatt-Interview, 27.11.2006

Derivateregulierung

Kein Eintrag

Bankenaufsicht

Kein Eintrag

Öffentliche Banken

Kein Eintrag

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck sagte mit Blick auf entsprechende Maßnahmen des Lufthansa-Vorstands im Jahr 2001: "Die Manager in den oberen Etagen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und so wie bei Lufthansa damals auf zehn Prozent ihres Gehalts verzichten. Es wäre ein Signal an die Arbeitnehmer.“

(Mainzer) Allgemeine Zeitung vom 19.07.2004

Mitbestimmung

„Darüber hinaus stärkt die Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenskapital die teilhabeorientierte Kultur der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen deshalb ein umfassendes Modell der Mitarbeiterbeteiligung. Verantwortungsbewusstes Kapital in Arbeitnehmerhand ist unser Ziel.“

Namensbeitrag in der FAZ, 11.06.2007

Die Mitbestimmung muss Schritt für Schritt noch stärker im europäischen Recht verankert werden. Das hilft den Arbeitnehmern, aber macht auch die Unternehmen stärker. Unsere Mitbestimmung ist ein echter Standortvorteil

Namensbeitrag in der Bild, 30.08.2006

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

Kritisiert wiederholt die Position der CDU (Lockerung des Kündigungsschutzes), siehe etwa *Handelsblatt-Interview vom 27.11.2006*

Flächentarif

„Klar muss aber auch sein, dass die Mitbestimmung und die Tarifautonomie weiter wichtige Eckpfeiler unserer Sozialordnung sind. Daran darf nicht gerüttelt werden.“
Handelsblatt-Interview, 27.11.2006

Befristete Verträge

Befristung darf kein Dauerzustand sein, wenn die Leistungsmotivation dem Unternehmen zugute kommen soll.
Namensbeitrag in der FAZ, 11.06.2007

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

WELT: Läuft es auf mehr Eigenverantwortung der Versicherten hinaus, sprich Selbstbeteiligung?

Beck: Ich bin Kassenpatient; gehen Sie mal in die Apotheke und schauen, was da an Zuzahlungen schon fällig wird. Das ist weitgehend ausgereizt, da geht nicht mehr viel. Auch Risikosportarten lassen sich nicht praktikabel ausgrenzen.

Die Welt, 08.06.2006

Rolle der privaten Altersvorsorge

Keine direkte Äußerung. Im Rahmen der Debatte um den Deutschlandfonds (Beteiligung der Arbeitnehmer an Unternehmen) regt Beck, die Ersparnisse daraus für die Altersvorsorge zu nutzen.

Stern vom 28.06.2007

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag

Handwerksordnung

Kein Eintrag

5.4.2 Sigmar Gabriel

Quellen: <http://www.sigmargabriel.de> (Interviews und Pressebeiträge, allerdings erst ab 2008), Internetseite des Bundesumweltministeriums, <http://www.bmu.de> (Reden, Interviews und Texte ab 2005) sowie Genios-Pressedatenbank.

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Derivateregulierung
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Bankenaufsicht
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Öffentliche Banken
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Mitbestimmung
„Die Mitbestimmung ist ein echtes deutsches Erfolgsmodell. Für mich steht am Betriebstor kein Schild: "Hier endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik". Wir müssen die Mitbestimmung deshalb am besten auf europäischer Ebene ausbauen, damit etwa der Betriebsrat in transnationalen Unternehmen wirkliche Informationsrechte bekommt.“
30.10.2004, *FOCUS*

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
„Ja, deswegen bin ich froh gewesen über das Kanzleramtspapier. Und die Vorschläge von Superminister Clement zum Kündigungsschutz sind sehr hilfreich. Das sollten wir im Bündnis für Arbeit besprechen. Und da wird festgeschrieben, dass die Arbeitgeber die Zahl der Ausbildungsplätze um X erhöhen werden. Das probieren wir dann mal zwei Jahre.“
26.01.2003, *Der Tagesspiegel*

Flächentarif
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Befristete Verträge
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Deregulierung bei der Zeitarbeit
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Es gibt ein Kernversprechen des Sozialstaats, das lautet: Wenn Du krank wirst, wirst Du dadurch nicht arm und wenn Du arm bist, wirst Du dadurch nicht krank. Das darf man nicht verändern.“ (Bezogen auf die Wahlfreiheit im Gesundheitssystem, gegen die Gabriel ist, Anm. d. Autorin)

26.01.2003, *Der Tagesspiegel*

Rolle der privaten Altersvorsorge

„Wir hoffen alle, gesund alt zu werden. Deshalb ist die Riester-Rente so wichtig. Die müssen wir noch entbürokratisieren.“

16.01.2003, *FOCUS-MONEY*

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Handwerksordnung

Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

5.4.3 Michael Glos

Quellen: <http://www.glos.de> (Reden, Interviews, Texte seit 1999) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

„Ich finde, man muss die Gier an den Märkten etwas unter Kontrolle halten. Mir kommen diese Börsianer manchmal wie Galeristen vor, die eine Zeit lang irgendetwas hochjubeln, ohne dass unbedingt große Substanz dahinter ist, um es dann wieder fallen zu lassen, wenn ein anderes Geschäft besser läuft.“

Rede 14.September 2007, nur auf der Webseite

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

Kein Eintrag

Derivateregulierung

Kein Eintrag

Bankenaufsicht

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) will der Bundesbank Kompetenzen bei der Bankenaufsicht entwenden. Halten Sie das für gerechtfertigt?

„Wir sollten hier sehr vorsichtig sein. Auch wenn die Bundesbank seit Einführung des Euro an Bedeutung verloren hat, darf ihre Rolle als unabhängiger Wächter für die Preis- und Finanzstabilität nicht in Frage gestellt werden. Deswegen bin ich gegen übereilte Schritte.“
FAZ, 27.07.07

Öffentliche Banken

Kein Eintrag

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

Kein Eintrag

Mitbestimmung

Kein Eintrag im Beobachtungszeitraum

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

Aus der Stuttgarter Zeitung, 27.02.2006, S. 2

Glos für Lockerung des Kündigungsschutzes

BERLIN (AP). In der großen Koalition bahnt sich ein Streit über den Kündigungsschutz an. Während Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) eine weitere Lockerung forderte,

schloss Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) Änderungen am Samstag kategorisch aus. ...Glos bezeichnete die Regelung, auf die sich Union und SPD in den Koalitionsvereinbarungen geeinigt haben, in einem Interview als nicht ausreichend. Es müsse bessere Möglichkeiten geben, in freier Vertragsform die Beendigung von Arbeitsverhältnissen vereinbaren zu können, forderte der Minister... Union und SPD hatten sich darauf geeinigt, dass Arbeitgeber mit neu eingestellten Mitarbeitern bis zu 24 Monate Probezeit vereinbaren können.

Flächentarif
Kein Eintrag

Befristete Verträge
Kein Wortlauteintrag, allerdings vertritt Glos an verschiedenen Stellen die Unionsposition, wonach Arbeitgeber mit neuen Mitarbeitern eine Probezeit von 24 Monaten vereinbaren können.

Deregulierung bei der Zeitarbeit
„Um die Konjunktur zu stützen, brauchen wir Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Das gilt bei der Zeitarbeit. Wir brauchen dieses Instrument weiterhin, weil andere beim flexiblen Kündigungsschutz mauern. Ohne Zeitarbeit gibt es im Aufschwung keine Einstellungen, da die Betriebe die Kosten für Freisetzungen fürchten, falls es zum nächsten Abschwung kommt. Dort wo das Instrument der Zeitarbeit missbraucht wird, muss man natürlich Grenzen ziehen, um es sauber zu halten.“
Rede im Bundestag, 30.11.2007

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung
„Private Unfälle sind für mich etwas, was der mündige Bürger selbst versichern und über Selbstbeteiligungen entscheiden kann. Ähnliches gilt für den Zahnersatz.“
SZ, 30.06.06

Rolle der privaten Altersvorsorge
Kein Eintrag

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie
„Bei den Dienstleistungen hängt der europäische Binnenmarkt noch hinterher. Wir haben eine Vielzahl von Dienstleistungen, mit denen wir erfolgreich in Europa agieren können. Denken Sie nur an unsere Architekten oder IT-Dienstleister. Deutsche Dienstleistungen müssen auch in unseren Nachbarländern ungehindert angeboten werden können. Es kann doch nicht sein, daß ein deutscher Reiseführer, der den Touristen in Italien Kunstdenkmäler erklärt, von der Polizei festgenommen werden kann. Im Gegenzug müssen wir uns natürlich auch für Dienstleistungen aus anderen Ländern öffnen. Der von der Kommission hierzu vorgelegte Richtlinienentwurf muß aber noch überarbeitet werden, um ihn sozial ausgewogen zu machen und einen fairen Wettbewerb sicherzustellen.“
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.12.05

Handwerksordnung

„Das deutsche Handwerk und seine Organisationen verschließen sich einer Modernisierung der Handwerksordnung nicht. Im Gegenteil, jeder verantwortliche Meister weiß, wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit. Durch die von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesänderungen fühlt sich das Handwerk ins Mark getroffen und ist zutiefst verunsichert. Die Handwerker stellen daher zu Recht die Frage: Wozu soll ich noch Nachwuchs ausbilden, wenn man künftig einen Handwerksbetrieb auch ohne fachliches Know-how führen kann?“
Rede im Bundestag vom 25. Juni 2003

5.4.4 Roland Koch

Quellen: <http://www.roland-koch.de> (Reden, Interviews, Texte seit November 2002) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

„Darüber hinaus müssen in einer marktwirtschaftlichen Weltordnung die Kapitalströme durchschaubar bleiben. Wir haben bei den deutschen Aktiengesellschaften eine sehr strenge Eigentümertransparenz eingeführt, dies muß auch international gelten. **Konkret bedeutet dies, dass umgehend die im Rahmen der G7 aufgenommen Gespräche über Transparenz im Bereich der Hedge-Fonds und anderer Private Equity-Formen zu konkreten Ergebnissen geführt werden müssen, andernfalls muß es europäische Regeln geben, die ebenso streng durchgesetzt werden wie die SEC Transparenz-Regeln im amerikanischen Raum.**“

Namensbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28.06.2007

Derivateregulierung

Kein Eintrag im Beobachtungszeitraum

Bankenaufsicht

Kein Eintrag im Beobachtungszeitraum

Öffentliche Banken

Kein Eintrag im Beobachtungszeitraum

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

FOCUS: Erleben wir beim Thema Managerbezüge eine Neid- oder eine Gerechtigkeitsdebatte?

Koch: Es geht nicht um Neid. Aber wenn einige Manager den Eindruck erwecken, dass ihnen jegliches Maß verloren gegangen ist, hat dies Signalwirkung in Zeiten, in denen noch nicht alle Menschen voll am Aufschwung teilhaben. Das erschwert es uns Politikern, wichtige Maßnahmen zu Gunsten der Wirtschaft einzuleiten, die wir zum Aufbau des Landes brauchen.

FOCUS: Was geht es die Politik an, was ein Anteilseigner seinen Mitarbeitern zahlt?

Koch: In einem freiheitlichen Land funktionieren die meisten Rahmenbedingungen erfreulicherweise auch ohne gesetzliche Regelung. Es geht die Politik aber durchaus etwas an, wenn durch solche Verhaltensweisen die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft gefährdet wird.

Focus-Interview vom 17.12.2007

Mitbestimmung

„Man sollte sinnvollerweise zwischen der betrieblichen Mitbestimmung (Betriebsverfassungsgesetz) und der Mitbestimmung auf Unternehmensebene unterscheiden. Das Betriebsverfassungsgesetz ist in der letzten Legislaturperiode novelliert worden mit erheblichen kostentreibenden Wirkungen für die Betriebe etwa durch Absenkung von Schwellenwerten und verstärkten Freistellungen. Diese Maßnahmen wird eine CDU-geführte Bundesregierung überprüfen müssen.

Ansonsten sehe ich im Betriebsverfassungsgesetz nur einen, allerdings gravierenden Reformbedarf: die Stärkung der betrieblichen Ebene gegenüber den Tarifvertragsparteien, um betriebliche Bündnisse für Arbeit zu ermöglichen mit entsprechenden Änderungen auch im Arbeitsrecht. Ich denke da beispielsweise an die Neudefinition des Günstigkeitsprinzips. Bei der Mitbestimmung auf Unternehmerseite wird eine spannende Frage sein, inwieweit die deutsche Mitbestimmung mit den auf EU-Ebene zur Zeit diskutierten Regeln einer transparenten und nachvollziehbaren Unternehmensführung (Corporate Governance) und dabei insbesondere mit der geforderten Unabhängigkeit des Aufsichtsrates kompatibel ist.“

Interview im Magazin „Arbeitgeber“, 08.09.2004

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

„Außerdem müssen wir den Kündigungsschutz neu regeln. Entweder dadurch, daß wir sehr viel großzügiger befristete Arbeitsverträge zulassen als heute oder durch deutliche Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Nur wenn es den bei Neueinstellungen in den ersten Jahren nicht gibt, werden Unternehmen wieder so mutig sein, neue Jobs zu schaffen.“

Welt am Sonntag, 15.03.2005

Flächentarif

„Wir müssen Unternehmen und Arbeitnehmern erlauben, auf Betriebsebene eigene Bündnisse für Arbeit zu schließen. Das ist bislang verboten. Alles was Unternehmen wie Opel in der Vergangenheit an Flexibilisierungen erreicht haben, geht am geltenden Tarifrecht vorbei. Das ist nur den großen Unternehmen geschuldet. Wir wollen, daß auch kleine und mittlere Unternehmen mehr Freiheit bekommen.“

Welt am Sonntag, 15.03.2005

Befristete Verträge

„Wir müssen es den Unternehmen ermöglichen, längere Arbeitszeiten zu vereinbaren und mehr befristete Arbeitsverhältnisse bei Neueinstellungen eingehen zu können.“

Der Spiegel, 30.05.2005

Deregulierung bei der Zeitarbeit

„Solange dieser Schritt nicht getan wird, muss Zeitarbeit diese Lücke notdürftig füllen und darf auf keinen Fall eingeschränkt werden, auch wenn einige linke Sozialdemokraten schon wieder daran denken. Wir sollten froh darüber sein, dass wenigstens die Zeitarbeit heute hilft, Jobs zu schaffen, und es wäre gut, wenn man sich auch bei der SPD um die Gründe für Zeitarbeit kümmern würde, anstatt sie zu beschimpfen.“

Gastbeitrag, "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 7. Mai 2007

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Wir brauchen eine klarere Grenze zwischen Risiken, die von der Gesellschaft getragen werden müssen und Risiken, die manche sehr bewusst in Kauf nehmen. Wer Risikosportarten betreibt, für den ist auch ein erhöhter Versicherungsbeitrag oder eine Zusatzversicherung vertretbar. Wer Raubbau an seinem Körper betreibt, sollte stärker belastet werden. Wer gesund lebt, sollte durch Beitragserstattungen belohnt werden. Die Kassen sollten dafür die Anreize erhöhen.“

Wiesbadener Kurier, 29.06.2006

Rolle der privaten Altersvorsorge

Koch setzt sich für eine umfangreichere private Altersvorsorge ein als es die Riester-Rente vorsieht.

„Wir sollten möglichst verbindliche Regelungen haben, die für die Gruppe insgesamt stehen und in denen der Staat den Rahmen vorgibt oder andere kollektive Gruppen wie Gewerkschaften und Arbeitgeber, möglichst viel regeln, damit der Einzelne nicht in so große Risiken kommt. Das ist eher die Position der SPD. Das beginnt bei der Debatte darüber, wie man sein Vermögen anlegt für die Alterssicherung: Riesterrente mit sehr detaillierten Vorschriften und alles andere wird nicht anerkannt oder eben der Chance zu sagen, ja, ich kann mir auch ein Eigenheim kaufen. Das ist auch ein Stück der Alterssicherung, was nach der Riesterrente ja nicht möglich ist, wo wir aber durchaus sagen, das ist doch vernünftig, wenn jemand das tut.“

Deutschlandradio Kultur, 23.09.2007

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Handwerksordnung

Kein Wortlauteintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank. Allerdings lehnt Koch die Öffnung des Kammerwesens indirekt ab.

Siehe Financial Times Deutschland vom 08.07.2003

5.4.5 Oskar Lafontaine

Quellen: http://www.linksfraktion.de/mdb_lafontaine_reden.php (Reden seit November 2005)
sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

„Zweitens: Wir brauchen eine Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs, um das Weltspekulationskarussell zu beenden.“ (Damit ist die Tobin Tax gemeint)
Der Stern, 16.10.03

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

„Meinen Sie, irgendein Hedgefonds interessiert sich für solche braven Forderungen? Meinen Sie, irgendeine Private-Equity-Gesellschaft interessiert sich dafür?

...

Nein, wir brauchen Regeln, nach denen die internationalen Finanztransaktionen abgewickelt werden; sonst werden wir niemals Ordnung in die Weltfinanzmärkte bekommen.“
12.09.2007, Haushaltsdebatte

„Die Hedgefonds sind ein Kernelement des internationalen Finanzkapitalismus. Eine Weltwirtschaftsordnung, die auf den internationalen Finanzkapitalismus in der gegenwärtigen Prägung setzt, wird keinen Bestand haben. Es ist an der Zeit, dass große Industrienationen darangehen, diesem Treiben ein Ende zu machen. Deutschland könnte mit gutem Beispiel vorangehen.“

19.05.2006 Oskar Lafontaine in der Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE:

„Hedgefondszulassung zurücknehmen“

Derivateregulierung

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Bankenaufsicht

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Öffentliche Banken

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

„Die Vorstandsbezüge müssen in der Tat wieder in ein angemessenes Verhältnis zu den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen der Beschäftigten gesetzt werden. Der Gründer und Bankier des berühmten Bankhauses Morgan & Stanley hat bereits am Ende des 19. Jahrhunderts für sein Unternehmen bestimmt, dass sein am besten bezahlter Manager nicht mehr als das Zwanzigfache seines am schlechtesten bezahlten Beschäftigten verdienen darf.“

14.10.2006, Frankfurter Rundschau

Mitbestimmung

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

„In diesem Zusammenhang sprach die Kanzlerin von der Verlässlichkeit und vom Kündigungsschutz. Sie meinte, beim Kündigungsschutz komme es darauf an, beim Abbau des Kündigungsschutzes verlässlich zu sein. Hier möchte ich noch einmal sagen: Wenn Menschen eine Familie gründen wollen – um diese Menschen geht es –, dann suchen sie eine ganz andere Form von Verlässlichkeit als die Scheinverlässlichkeit, von der die Kanzlerin hier gesprochen hat. Diese Menschen möchten verlässlich wissen, ob sie in ein paar Monaten noch Geld auf dem Konto haben. Solange Arbeitsmarktpolitik darin besteht, alles abzubauen, was den jungen Menschen diese Verlässlichkeit geben könnte, so lange werden keine Familien gegründet und so lange werden in Deutschland immer weniger Kinder zur Welt kommen.“
23.06.2006, Oskar Lafontaine in seiner Erwiderung zur Rede der Bundeskanzlerin in der Generaldebatte zum Etat des Bundeskanzleramts.

Flächentarif

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Befristete Verträge

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Deregulierung bei der Zeitarbeit

„Es gilt, die Fehlentwicklungen der letzten Jahre in Deutschland zu korrigieren. Da ist zunächst die Rutschbahn der Löhne nach unten, die aus der Verweigerung eines Mindestlohnes besteht oder der Pflicht für Arbeitslose, jede Arbeit anzunehmen. Auch die verbreitete Leiharbeit und die vielfache Schein-Selbständigkeit gehören dazu.“
17.11.2007, Neue Zürcher Zeitung

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Rolle der privaten Altersvorsorge

„Wir müssen die Rentenformel in Deutschland wiederherstellen.“
12.09.2007, Haushaltsdebatte

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Handwerksordnung

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

5.4.6 Angela Merkel

Quellen: www.bundestkanzlerin.de (Reden, Interviews, Beiträge seit Ende 2005)

Finanzmarkt

Merkel wirbt seit dem G8-Treffen in Heiligendamm (Juni 2007, vor Ausbruch der Krise) für mehr Transparenz auf den Finanzmärkten.

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

„Wir setzen uns beispielweise auf G8-Ebene für Transparenz bei den Investoren und auf den internationalen Finanzmärkten ein. ...Es wird an einer Selbstverpflichtungserklärung der Hedgefonds-Branche gearbeitet.“, *Capital*, 20.12.2007

Derivateregulierung

„Wir müssen beispielsweise bei den Hedgefonds künftig wissen, wo das Kapital herkommt und wie hoch die Kredit-Risiken sind. Wir haben es oft mit einer nicht mehr durchschaubaren Weiterverkettungskette von Kredit-Risiken zu tun, für die am Ende alle haften. Und es müssen die einflussreichen Rating-Agenturen auf den Prüfstand.“, *Bild am Sonntag*, 19.08.2007

Bankenaufsicht

Wirbt auch in diesem Zusammenhang für mehr Transparenz
„Dies entbindet uns nicht ... von einer kritischen Prüfung, was im Rahmen der Bankenaufsicht verbessert werden kann, gemäß dem bekannten Motto: Das Bessere ist der Feind des Guten. Angesichts der jüngsten Turbulenzen sehen wir uns als Bundesregierung ... mit unserer Forderung nach mehr Transparenz auf den Finanzmärkten einmal mehr bestätigt.“, *Rede vom 21.09.2007 bei der Bundesbank* (einziger Eintrag auf der Webseite)

Öffentliche Banken

Kein Eintrag auf der Webseite im Beobachtungszeitraum

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

„Sie wissen, ich bin gegen eine gesetzliche Begrenzung von Managergehältern, aber um so mehr für eine fundierte, sensible Diskussion darüber.“, *Capital*, 20.12.2007

Mitbestimmung

„Auf der anderen Seite ist so etwas wie ein Investivlohn ein sehr interessantes Instrument, um der gesamten Belegschaft Teilhabe zu geben. Jeder sieht, was eine erfolgreiche Betriebsführung ausmacht und dass eine hohe Rendite auch ihnen zugute kommt.“
Wirtschaftswoche, 06.03.2006

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

„Die Bundesregierung wird daher zum einen den Kündigungsschutz weiter entwickeln. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen wird abgeschafft und stattdessen die Option eröffnet, die Probezeit auf bis zu zwei Jahre auszudehnen.“

Namensbeitrag im Handelsblatt, 30.12.2005

Flächentarif

„Jede Lösung muss auf der Tarifautonomie aufbauen, die in keinem anderen Land Europas von der Verfassung so stark geschützt ist wie in Deutschland und die sich für die deutschen Arbeitnehmer ausgezahlt hat. Nur dort, wo Gewerkschaften und Arbeitgeber es allein nicht schaffen, für faire Löhne zu sorgen, darf der Staat gemeinsam mit den Tarifparteien eingreifen.“, *Bild am Sonntag, 13.05.2007*

„Ja, zum Teil gibt es schon sehr flexible Tarifverträge, wenn ich etwa an den Einzelhandel hier in Berlin denke. Davon könnten wir aber mehr gebrauchen.“

Wirtschaftswoche, 06.03.2006

Befristete Verträge

Siehe Kündigungsschutz

Deregulierung bei der Zeitarbeit

„Das ist das Thema Zeitarbeit. Wir haben die so genannte Leiharbeit eingeführt. Ich glaube im Übrigen, dass sie sich bewährt hat. Ich rate uns nicht, sie abzuschaffen; wirklich nicht.“
Rede vom 08.11.2007 vor der IG-Metall

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

Die CDU will mit dem Gesundheitsfonds vor allem den Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Anbietern verschärfen (siehe Rede vom 14.09.2006, nur als Datei) . Die private Versicherung bleibt als Vollversicherung bestehen.

„Bei der Gesundheitsreform haben wir die private Krankenversicherung als Vollversicherung behalten und wir bringen mehr Wettbewerb in das System durch Zu- und Abschläge.“

FAZ, 24.11.2006

Rolle der privaten Altersvorsorge

Sie wissen auch deshalb, dass das Rentenniveau von 46 Prozent wirklich kein Rentenniveau mehr ist, mit dem man allein und ohne eine zusätzliche Altersversorgung seinen Lebensstandard erhalten kann. Das ist schon eine faire, weil richtige Botschaft an die Menschen, aber es zeigt auch, wie wichtig es ist, betriebliche Altersvorsorge und auf der anderen Seite die kapitalgedeckte Altersvorsorge in Form der Riester-Rente weiter zu fördern.
Rede vom 30.11.2007 auf dem Deutschen Handwerkstag in Rostock

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

„Auch die Diskussion über die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die wir sehr ausgewogen führen müssen, dürfen wir nicht nur so führen...., als würden nur wir von den Leistungen anderer überrollt werden können; denn es gibt auch noch den Aspekt, dass das deutsche Handwerk eine Menge kann, was andere Länder auch gerne als Dienstleistung bekommen würden. Deshalb wird die EU-Dienstleistungsrichtlinie unter zwei Aspekten zu diskutieren sein: Schutz - okay -, aber auch Selbstbewusstsein, dass deutsches Handwerk in einer Europäischen Union nicht nur in Deutschland angeboten werden kann, sondern dass die Leistung des

deutschen Handwerks vielleicht auch woanders Freunde finden würde, wenn man dem deutschen Handwerk nicht Knüppel zwischen die Beine schmisser.“,

Rede vor der deutschen Handwerkschaft am 25.11.2005

Handwerksordnung

„Ich bin sehr dafür, Mindeststandards für die meisterfreien Berufe einzuführen, weil ich einfach glaube, dass das die notwendige Voraussetzung dafür ist, dass wir nicht bedingungslos Einfachheit eintauschen, damit aber auch Qualitätsverluste in hohem Maße hinnehmen müssen.“

Rede vor der deutschen Handwerkschaft am 25.11.2005

5.4.7 Franz Müntefering

Quellen: <http://www.franz-muentefering.de/> (wenige ausgewählte Reden) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Müntefering hat mit einem Interview, das am 17. April 2005 in der *Bild am Sonntag* erschien, die Heuschreckendebatte ausgelöst. Ihm geht es vor allem darum, die sozialen Folgen für die Arbeitnehmer abzufedern, die durch die Tätigkeiten von Hedge-Fonds und Private Equity-Firmen entstehen.

„Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten – sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter. Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen wir.“

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Heuschreckendebatte>

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

FR: „Nun erreicht auch das Thema Hedge-Fonds erstmals einen G8-Gipfel. Ein später Triumph?“

Müntefering: „Jedenfalls wissen viele von denen, die mich einst beschimpft haben, heute: Ich hatte Recht. Mir ist gesagt worden: Den Kampf gegen die Märkte, gegen die Finanzspekulationen kannst Du nicht gewinnen! Geld regiert die Welt, so ist das nun einmal. Meine Antwort darauf lautet: Nein, mit mir nicht, mit der SPD nicht. Wenn sich so viel Geld ansammelt in den Händen weniger, brauchen wir Regeln für den Umgang damit. Wenn die Politik diesem neuen Kapitalismus nachgibt, dann können wir aufhören. Die Politik muss den Primat behaupten.“

FR: „Aber Finanzminister Steinbrück geht es nur um Transparenz und freiwillige Verhaltensstandards.“

Müntefering: „Das ist schon ein wichtiger Schritt. Mehr geht im Moment nicht. Auf Dauer brauchen wir aber **sozial akzeptable Regeln**, um die Risiken, die sich aus dieser neuen Finanzindustrie ergeben, zu begrenzen....“

Frankfurter Rundschau v. 31.05.2007

Derivateregulierung

Kein Eintrag

Bankenaufsicht

Kein Eintrag

Öffentliche Banken

Kein Eintrag

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

„Managergehälter müssen veröffentlicht werden.“

(Mainzer) Allgemeine Zeitung vom 04.05.2005

Mitbestimmung

„Und soziale Marktwirtschaft heißt: Teilhabe und Teilnahme. Mitbestimmung und die Arbeitnehmerrechte generell fördern Identifikation mit dem Unternehmen, aber auch die wirtschaftliche Leistungskraft und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Sie schaffen eine Kultur der Freiheit und der Verantwortung, die für soziale Demokratie unerlässlich ist.“

Rede auf dem Kongress der SPD-Bundestagsfraktion „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ am 2. Juni 2005 in Berlin

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

„Im Augenblick der Kündigung soll der Betroffene entscheiden können, ob er dagegen klagt oder eine gesetzlich fixierte Abfindung akzeptiert. Außerdem werden wir bei der Sozialauswahl die Kriterien präzisieren. Die Interessen des Unternehmens an bestimmten Mitarbeitern soll ein größeres Gewicht bekommen. Der Betrieb wird stärker als bisher berücksichtigen können, ob er jemanden für unverzichtbar hält, obwohl er beispielsweise noch nicht so lange im Betrieb ist wie andere. Es geht also auch um eine betriebsorientierte Neuausrichtung der Kündigungskriterien. Der Kündigungsschutz gilt weiter für Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten, so wie bisher. Allerdings können Betriebe **mit bis zu fünf Beschäftigten zusätzlich befristet Arbeitnehmer einstellen**, ohne dass sich der Status für die fest Beschäftigten ändert.“

Handelsblatt-Interview, 27.03.03

„Ich will in meinem kurzen Beitrag nicht besonders auf die Opposition eingehen, aber doch sagen: Deren Ankündigung, Mitbestimmung und Betriebsverfassung, Jugendschutz und Kündigungsschutz und vor allem die Tarifautonomie deutlich zu reduzieren, hat feudalistische Züge und ist ein Verrat an der Sozialen Marktwirtschaft.“

Rede auf dem Kongress der SPD-Bundestagsfraktion „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ am 2. Juni 2005 in Berlin

Flächentarif

„Ich finde, dass unsere deutsche Gesellschaft gut damit gelebt hat, dass wir starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände haben und hatten. Das soll auch so bleiben. Deshalb sagen wir: Die Tarifautonomie muss bleiben.“

Rede auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD am 21. März 2004 in Berlin

Befristete Verträge

Siehe Handelsblatt-Interview vom 27.03.03.

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Wortlauteintrag. Jedoch ist unter Rot-Grün das „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz I) in Kraft getreten, das eine Lockerung der Leiharbeit in bestimmten Branchen bewirkt hat.

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Es geht aber auch nicht ohne die staatlich organisierte Solidarität. Deshalb wollen wir die solidarische Bürgerversicherung, nicht die Kopfpauschale.“

Beitrag zur Serie „Was ist links?“ in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung am 28. Juli 2005

Rolle der privaten Altersvorsorge

HB: Ist die obligatorische private Zusatzversorgung vom Tisch?

Müntefering: Da warte ich darauf, was die Rürup-Kommission dazu sagt. Mir war bei der Einführung der Riester-Rente die obligatorische Regelung nicht fremd. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch so beim Aufbau der Zusatzvorsorge eine ansehnliche Beteiligung bekommen.

Handelsblatt, 27.03.03

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Müntefering äußert sich im Interview mit der Frankfurter Rundschau kritisch über die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte:

„Die EU-Dienstleistungsrichtlinie klingt ja aus der Sicht Europas ökonomisch zunächst vernünftig. Aus Sicht des Nationalstaates, speziell der Arbeitnehmer, die Arbeitsplätze verlieren könnten, wirkt sie unsozial.“

Frankfurter Rundschau, 14.05.05

Handwerksordnung

Keine Wortlautäußerung zum Thema. Allerdings tritt unter der Rot-Grün-Regierung die Handwerksrechtsnovelle zum 1. Januar 2004 in Kraft, eine Lockerung gegenüber der vorangegangenen Regelung (Meisterzwang für bestimmte Berufe wird abgeschafft etc.).

5.4.8 Günther Oettinger

Quellen: <http://www.guenther-oettinger.de> (ausgewählte Reden, Interviews und Beiträge seit 2007) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Derivateregulierung
Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Bankenaufsicht
Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Pressedatenbank

Öffentliche Banken
Treibt im September 2007 die Konsolidierung der LBBW mit der WestLB voran.
Siehe Börsen-Zeitung, 25.09.2007 (nur als Datei).

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter
Kein Wortlauteintrag zur Begrenzung, lediglich diese Einschätzung der Stuttgarter Nachrichten:
„Teufels Nachfolger Günther Oettinger ging mit dem Thema ebenfalls sehr defensiv um: Man müsse zunächst abwarten, was in Berlin zur Offenlegung von Managergehältern beschlossen werde, argumentierte er stets.“
Stuttgarter Nachrichten, 13.07.2005

Mitbestimmung
Von einem Kahlschlag bei der Mitbestimmung halte ich nichts. Die große Mehrzahl der Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, die ich kenne, macht einen guten Job und sieht ihre Aufgabe darin, Unternehmen wettbewerbsfähig zu halten. Es gibt vielleicht etwas zu viel Mitsprache der Gewerkschaftszentrale in einem Aufsichtsrat, aber die Mitbestimmung führt auch zu Mitverantwortung und kann so den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital mildern.
Focus-Interview, 23.04.2005

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
„Ich halte es daher für wichtig, für Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten die Kündigungsschutzregeln deutlich zu lockern.“
Stern-Interview vom 17.08.2006

Flächentarif
„Es wäre ein Fehler, schon jetzt in allen Punkten einzuknicken. Die Lockerung des Kündigungsschutzes etwa ist wichtig vor allem für mittelständische Unternehmen. Ich könnte

mir vorstellen, dass wir das auch in einer Großen Koalition beschließen - in einem Gesetz, das befristet ist auf drei Jahre. Bringt die Regelung neue Jobs, und davon bin ich überzeugt, wird sie verlängert. Das gleiche Verfahren könnten wir bei den betrieblichen Bündnissen für Arbeit wählen. **Das Vetorecht der Gewerkschaften bei Vereinbarungen in den Unternehmen ist überholt.**“ *Spiegel-Interview, 10.10.2005*

Befristete Verträge

Kein Eintrag

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Wir brauchen weit mehr marktwirtschaftliche Impulse im Gesundheitswesen. Der leistungsfähige Patient, der über ein ordentliches Einkommen oder Vermögen verfügt, sollte stärker als bisher Spitzenleistungen der Medizin auf dem Markt einkaufen, ohne Absicherung über die Krankenkasse. Das bedeutet höhere Eigenanteile. Und dort, wo der Bürger diese Eigenanteile nachweisbar nicht erbringen kann, müssen sie auf Antrag aus Sozialleistungen erstattet werden.“

Stern vom 17.08.2006

Rollen der privaten Altersvorsorge

Stern: „Warum schreiben Sie dann nicht auch die private Riester-Rente gesetzlich vor?“

Oettinger: „Ich schließe eine gesetzliche Verpflichtung nicht aus, würde sie aber bei sehr maßvollen Beiträgen auf junge Menschen beschränken, die neu in Arbeit kommen.“

Stern-Interview vom 17.08.2006

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

FOCUS: Wie wollen Sie Handwerker unterstützen, denen osteuropäische Konkurrenz das Geschäft vernichtet?

Oettinger: Man wird ihnen sicher nicht auf Dauer mit einem Schutzzaun helfen können. Vielleicht brauchen wir eine Übergangslösung, aber es gilt, dass wir im Wettbewerb gegen jeden anderen Standort weltweit konkurrenzfähig werden müssen. Übrigens, wenn ein polnischer Handwerker Arbeit hat und verdient, dann ist er in der Lage, sich einen gebrauchten Mercedes zu kaufen. Noch ist die Außenhandelsquote mit den neuen EU-Mitgliedern sehr positiv.

Focus vom 23.04.2005

Handwerksordnung

Kein Eintrag

5.4.9 Cem Özdemir

Quellen: <http://www.oezdemir.de> (Pressemitteilungen, Interviews und Publikationen ab 2003) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Derivateregulierung
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Bankenaufsicht
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Öffentliche Banken
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Mitbestimmung
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Flächentarif
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Befristete Verträge
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Deregulierung bei der Zeitarbeit
Es wurden keine Dokumente gefunden.

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung
Einzigster Wortlauteintrag:
„Wenn man sieht, wie viele in den USA keine Krankenversicherung haben, lernt man das deutsche Gesundheitssystem schätzen.“
Die Tageszeitung, 10.11.2003

Rolle der privaten Altersvorsorge

Es wurden keine Dokumente gefunden.

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Es wurden keine Dokumente gefunden.

Handwerksordnung

Es wurden keine Dokumente gefunden.

5.4.10 Claudia Roth

Quellen: www.claudia-roth.de (Reden, Interviews, Namensbeiträge seit 2005) sowie Genios-Datenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

„Durch den enormen Mittelzufluss, den Hedge Fonds in den letzten Monaten hatten, sind sie nicht nur zu einer immer wichtigeren Größe an den Finanzmärkten geworden. Viele Experten rechnen damit, dass die nächste weltweite Finanzkrise von einem Hedge Fonds ausgelöst wird. Wir fordern die Bundesregierung und die anderen führenden Industrienationen auf, die Transparenzvorschriften bei Hedge Fonds deutlich zu verschärfen, damit die Finanzaufsichtsbehörden in der Lage sind, rechtzeitig Fehlentwicklungen zu bemerken.“
Rede von Claudia Roth auf dem Bundeskongress der Grünen Jugend, 05.11.2006

Derivateregulierung

Kein Eintrag

Bankenaufsicht

Kein Eintrag

Öffentliche Banken

Kein Eintrag

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

Kein Eintrag

Mitbestimmung

„Kündigungsschutz, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind doch nicht das Problem – sie begründen unseren sozialen Rechtsstaat.“

Rede Bundesdelegiertenkonferenz am 9. Juli 2005

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

„Vorfahrt für Arbeit darf nicht bedeuten, soziale Rechte wie den Kündigungsschutz zu schleifen.“

Süddeutsche Zeitung, 09.04.2005

Flächentarif

„Kündigungsschutz, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind doch nicht das Problem – sie begründen unseren sozialen Rechtsstaat.“

Rede Bundesdelegiertenkonferenz am 9. Juli 2005

Befristete Verträge

Kein Eintrag

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag

Soziale Sicherungssysteme

Wirbt in ihren Reden wiederholt dafür, dass Risiken nicht privatisiert werden dürfen, beispielsweise auf der BDK Bündnis 90/Die Grünen, Nürnberg, 23. November 2007 (*siehe www.claudia-roth.de*)

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Dazu gehört gerade auch die grüne Bürgerversicherung:

- Gerecht, weil sie alle einschließt,
- statt das Krankheitsrisiko zu privatisieren - wie die FDP es will,“

Rede Bundesdelegiertenkonferenz am 9. Juli 2005

Rolle der privaten Altersvorsorge

Kein direkter Wortlauteintrag. Siehe Soziale Sicherungssysteme

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag

Handwerksordnung

Kein Eintrag

5.4.11 Jürgen Rüttgers

Quellen: <http://www.juergen-ruettgers.de> (Reden, Pressemitteilungen seit 2003) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

„Unfug! Ich will nur darauf verweisen, dass wir die Globalisierung in Bereichen wie Klima, Energie, Finanzmärkte, Arbeitsrecht selbstbewusst gestalten müssen. Wenn (Helmut Anm. d. Autorin Schmidt) nicht nur neue Spielregeln auf den Finanzmärkten fordert, sondern auch gegenüber Fonds Beschränkungen verlangt, bin ich ganz bei ihm. Das gilt etwa für das Verbot, Finanzfonds, die irgendwo in der Karibik sitzen und sich allen Transparenzregeln entziehen, die Tore in Deutschland zu öffnen.“

Stern-Interview vom 09.10.2007

Der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen in NRW, Jürgen Rüttgers, sieht keine Notwendigkeit, Hedgefonds in Deutschland stärker zu überwachen. «Es gibt hier nichts zu diskutieren, außer einer Wahlkampfrede von Herrn Müntefering», sagte er im Interview mit der Netzeitung. «Wenn die Bundesregierung Gesetze erlassen will, soll sie etwas vorlegen.» Das sei alles nur «Wahlkampfgetöse», betonte er.

Netzeitung vom 14.05.2005

Derivateregulierung

Kein Eintrag

Bankenaufsicht

Kein Wortlauteintrag

Öffentliche Banken

Rüttgers treibt die Novellierung des Sparkassengesetzes sowie die Erneuerung der WestLB voran. Näheres dazu in Rüttgers Rede zur Haushaltsdebatte im Landtag am 20. Dezember 2007.

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

„Ich erwarte von Managern Klugheit. Ich habe nichts dagegen, dass erfolgreiche Manager gut verdienen. Aber ich habe etwas dagegen, wenn die, die den Karren gegen die Wand gefahren haben, als Dankeschön hohe Abfindungen bekommen.“

Rheinische Post vom 24.12.2007

Mitbestimmung

Lebenslüge Nr. 3: Das Ausmaß der Mitbestimmung und unflexible Regelungen in deutschen Unternehmen reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit. Auch das stimmt allenfalls zum Teil. Unser Arbeitsmarkt muss flexibler werden. Aber gerade die Kultur der Kooperation mit den Arbeitnehmern ist ein gewichtiger Erfolgsfaktor. Denn die OECD hat festgestellt, dass deutsche und japanische Unternehmen ihre Beschäftigten weitaus flexibler einsetzen als andere OECD-Staaten. Und Deutschland ist auch führend bei Verbesserungen am

Arbeitsplatz und beim Qualitätsmanagement, das bedeutet: Mitbestimmung und Einbeziehen der Arbeitnehmer ist kein Hemmnis, sondern zahlt sich aus.

Auszug aus Jürgen Rüttgers, "Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift", Stern vom 09.10.2007

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

„Damals lautete das Argument ja, die Lockerung des Kündigungsschutzes sei die Voraussetzung dafür, neue Arbeitsplätze zu bekommen. Jetzt erleben wir, dass es die Arbeitsplätze auch ohne den gelockerten Kündigungsschutz gibt.“

Die Welt 03.12.2007

Flächentarif

„Außerdem haben die Tarifparteien längst so viel Flexibilität miteinander vereinbart, dass da gar keine politische Rahmensetzung mehr notwendig ist.“

Die Welt, 03.12.07

Die Wahrheit ist, dass schon heute in den Tarifverträgen viel von der Flexibilität geregelt ist, die wir in der Tat in Deutschland brauchen. Ich weiß aber auch, dass das noch nicht reicht, dass man hier systematischer herangehen muss. Ich halte den Vorschlag, kleine "Bündnisse für Arbeit" auf Unternehmensebene zu bilden und so den Betriebsräten mehr Macht zu geben, für richtig. Aber die Auflösung der Flächentarifverträge hielte ich für falsch. Das führt nur zu Häuserkampf von Betrieb zu Betrieb.

Tagesspiegel, 09.05.2004

Befristete Verträge

Kein Eintrag

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Mir geht es vor allem bei der Reform darum, dass mehr Wettbewerb unter den Kassen entsteht, dass wir keine Zweiklassenmedizin bekommen und dass jeder in Deutschland Zugang zu einer Krankenversicherung hat.

....Die private Krankenversicherung zahlt heute schon einen Beitrag in das Gesamtsystem. Und es ist ja nicht so, dass nur Spitzenverdiener in der PKV versichert sind. Der Großteil sind Beamte, von denen viele nun wahrlich kein hohes Einkommen haben. Deshalb kann von der PKV kein zusätzlicher Beitrag verlangt werden.“

Focus, 03.07.2006

Rolle der privaten Altersvorsorge

So viel Staat wie nötig, so viel privates Engagement wie möglich. Konkret: Die eigene Vorsorge für das Alter oder für Arbeitslosigkeit muss steuerlich stärker begünstigt werden, wie z. B. bei der Riester-Rente.

*Auszug aus Jürgen Rüttgers, "Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift",
Stern vom 09.10.2007*

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Wortlauteintrag in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Handwerksordnung

Kein Wortlauteintrag in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

5.4.12 Olaf Scholz

Quellen: <http://www.olafscholz.de> (Reden, Interviews Texte seit 1998) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Derivateregulierung
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Bankenaufsicht
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Öffentliche Banken
Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter
„Erstens: Wir brauchen mehr Transparenz. Die heimlichen Gehalts- und Einkommensbestandteile, die sich in manchem Vertrag wiederfinden, gehören schon der Aktionäre wegen ans Tageslicht. Sie müssen wissen, was ihre aktiven und pensionierten Vorstandsmitglieder kosten. Zweitens könnte sich ein Blick Richtung Vereinigte Staaten lohnen: Da lassen sich die Managergehälter nur in begrenztem Umfang vom steuerlichen Gewinn des Unternehmens abziehen.“
FAS, 09.12.2007

Mitbestimmung
„Erstens: Kündigungsschutz, Betriebsverfassung und Mitbestimmung in Unternehmen bleiben, wie sie sind. Sie sind keine Wachstumshemmnisse, sondern stärken die Beschäftigung in Deutschland.“
Taz Hamburg, 12.09.2005

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
„Erstens: Kündigungsschutz, Betriebsverfassung und Mitbestimmung in Unternehmen bleiben, wie sie sind. Sie sind keine Wachstumshemmnisse, sondern stärken die Beschäftigung in Deutschland.“
Taz Hamburg, 12.09.2005

Flächentarif
Keine relevanten Fundstellen in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.
Scholz äußert sich vor allem im Rahmen der Mindestlohndebatte zu diesem Thema und nicht im Beobachtungszeitraum.

Befristete Verträge

„Das Gesetz selbst war noch befristet, und die Regierung Schröder hat es in der vergangenen Legislaturperiode unbefristet verlängert. Erst im Dezember haben wir weitere gesetzliche Änderungen beschlossen. Zum Beispiel, dass über 50jährige ohne jede zeitliche Frist grundlos befristet angestellt werden können. Das bedeutet, dass gerade bei der Gruppe der älteren Arbeitnehmer, die neue Beschäftigung suchen, bestimmte Hemmnisse der Arbeitgeber, eine Einstellung zu versuchen, abgebaut sind. Ich sage es etwas vereinfachend: Arbeitgeber sind eher bereit, Menschen zu beschäftigen, weil sie das Risiko einer Beschäftigung wagen können.“

Rede vom 20.01.2003

Deregulierung bei der Zeitarbeit

„Ich erwähne das Beispiel der Leiharbeit, weil ich es für eine notwendige, mögliche und wünschbare Flexibilisierung unseres Arbeitsmarktes halte, die Beschäftigungschancen für die Zukunft verspricht.“

Rede vom 20.01.2003

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Der Gedanke der Bürgerversicherung hat einen charmanten Kern: An der Solidarität mit Familien und den Beziehern geringer Einkommen sollten möglichst viele beteiligt werden. Auch diejenigen, die höhere Einkommen beziehen und privatversichert sind. Das gegenwärtige unverbundene Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen bewirkt, dass Rosinenpickerei stattfindet. Besser wäre es, wenn wir einen Solidaritätsverbund aus privater und gesetzlicher Krankenversicherung schaffen könnten. Warum soll die Solidaritätsleistung der Versicherten in einer gesetzlichen größer sein als in einer privaten Versicherung?“

Süddeutsche Zeitung, 10.09.2003

Rolle der privaten Altersvorsorge

„Die SPD will die öffentliche Förderung für alle Formen der Mitarbeiterbeteiligung behutsam ausweiten. Es wäre allerdings ein schwerer Fehler, sie durch falsch eingesetzte Subventionen als Konkurrenz zur betrieblichen und privaten Altersvorsorge auszugestalten. Dadurch würde deren – in den letzten Jahren mühselig durchgesetzter – Ausbau (Riester-Rente, Entgeltumwandlung) aufs Spiel gesetzt.“

Beitrag in Arbeit und Arbeitsrecht 01.10.2007

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Keine Fundstelle in der Pressedatenbank oder auf der Webseite.

Handwerksordnung

„Was macht eigentlich der Handwerks Geselle, der ein Unternehmen gründen will? Wenn er alle anderen Gesetze auch beachtet – die Handwerksordnung ist möglicherweise nicht auf seiner Seite“

Rede vom 20.01.2003

5.4.13 Horst Seehofer

Quellen: Genios-Pressedatenbank, (Die Homepage von Horst Seehofer hat nur seine Äußerungen als Ministerpräsident Bayerns archiviert)

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Kein Eintrag in der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Derivateregulierung
Kein Eintrag in der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Bankenaufsicht
Kein Eintrag in der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Öffentliche Banken
Kein Eintrag in der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter
„Ich bin nie ein Neid-Politiker gewesen. Solange der Markt diese Gehälter hergibt, sind sie in Ordnung. Mich ärgert nur, wenn dieselben höchstbezahlten Manager dann als Oberlehrer der Republik auftreten und den kleinen Leuten sagen, was sie angeblich alles zuviel bekommen. Das löst bei mir die Alarmglocke aus.“
Rheinische Post, 23.11.2007

Mitbestimmung
Kein Wortlauteintrag.

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
Kein Eintrag

Flächentarif
„Ansonsten halte ich die Tarifautonomie für ein hohes Gut. Arbeitgeber und Gewerkschafter sollten verantwortungsvoll damit umgehen. Das ist die beste Vorsorge gegen staatliche Eingriffe bei der Lohnfindung.“
WirtschaftsWoche online vom 16.06.2007

Befristete Verträge
Kein Eintrag

Deregulierung bei der Zeitarbeit
„Welche Branchen sollten ins Entsendegesetz einbezogen werden?“
„Die Zeitarbeit ganz sicher.“

WirtschaftsWoche online vom 16.06.2007

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„SPIEGEL: Sie waren immer der Meinung, dass sich die privat Versicherten stärker an der Finanzierung beteiligen sollen. Gilt das noch?

Seehofer: Ich bin für Pluralität. Wir müssen aber, wenn wir Pluralität bejahen, dann auch dafür Sorge tragen, dass man wechseln kann. Ich möchte, dass wir auch auf dieser Seite unseres Systems moderne Strukturen bekommen, die ein Gegenbild für die Pluralität der Arbeitswelt sind.

SPIEGEL: Sie wollen als privat Versicherter auch wieder in die Gesetzliche wechseln können?

Seehofer: Früher wurde zu viel Rosinenpickerei betrieben. Solange man Kinder hatte, ging man in die Solidarität der Gesetzlichen, weil man in der Privaten für die Kinder einen eigenen Beitrag bezahlen muss. Wenn es nicht mehr opportun war, ist man in die Private gewechselt. Das haben sich die Leute zurechtgeschnitten, wie sie es für vorteilhaft hielten. Deshalb wurden die Systeme immer stärker getrennt. Das muss rückgängig gemacht werden. Künftig muss gelten: Geht nicht gibt's nicht.“

Spiegel-Interview vom 29.04.2006

Rolle der privaten Altersvorsorge

Keine Wortlautäußerung. Allerdings tritt Seehofer Presseberichten zufolge für eine gesetzliche Verpflichtung zur privaten Altersvorsorge ein (WirtschaftsWoche online vom 2005-07-31). Gegen die Pläne von Paul Kirchhof, langfristig das Rentensystem überwiegend auf eine private Vorsorge umzustellen, wendet er sich indes (Spiegel Online, 31.08.2005).

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag

Handwerksordnung

Kein Eintrag

5.4.14 Peer Steinbrück

Quellen: <http://www.bundesfinanzministerium.de/> (ausgewählte Reden seit 2005) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity „Diese Besorgnisse haben vielfach einen Ruf nach Regulierung der Hedgefonds-Branche ausgelöst. Das ist nicht realistisch. Eine direkte gesetzliche Regulierung der global agierenden Hedgefonds ist international nicht durchsetzbar.... Eine direkte Regulierung der Hedgefonds ist allerdings auch nicht unbedingt zwingend, wenn sich der indirekte aufsichtsrechtliche Ansatz bewährt, der auf Marktdisziplin baut und beim Risikomanagement der regulierten Geschäftspartner der Hedgefonds ansetzt.“

Rede vom 20.06.2007 im Rahmen der Konferenzreihe der SPD-Bundestagsfraktion „Deutschlands Rolle in der Globalisierung – Chancen und Herausforderungen“

Steinbrück spricht sich für die gezielte Förderung von Private-Equity-Fonds aus. „Es war nicht erklärte Absicht, allen Private Equity Fonds in Deutschland steuerliche Begünstigungen einzuräumen.... Vor dem Hintergrund der tatsächlichen Entwicklungen aber ist eines klar: Es wird zu wenig Wagniskapital bereitgestellt für Unternehmen im so genannten Early-stage-Bereich... Daher die zielgenaue Förderung. Es kommt uns sehr darauf an, in diesem Segment dazu beizutragen, dass wieder mehr Wagniskapital bereitgestellt wird. *Rede am 04.09.2007 auf der 12. Handelsblatt Jahrestagung „Banken im Umbruch“ in Frankfurt am Main zum Thema „Deutscher und Europäischer Bankenmarkt - Quo vadis ?*

Derivateregulierung

Kein Wortlauteintrag auf der BMF-Webseite oder in der Pressedatenbank.

Bankenaufsicht

„Jetzt sind wir dabei, die Krise sorgfältig aufzuarbeiten und Konsequenzen für die Bankenaufsicht zu ziehen. Aber es gibt nichts zu überstürzen.“

Rede im Bundestag vom 11.09.2007

Öffentliche Banken

Vor Ausbruch der Krise lobt Steinbrück wiederholt das Drei-Säulen-Model, fordert aber keine Liberalisierungsmaßnahmen. Nach Ausbruch der Krise natürlich auch nicht .

„...Aber ich halte ein Plädoyer dafür, dass die Zeit jetzt genutzt werden sollte, um mindestens auf der Ebene der Landesbanken zu einer Konsolidierung zu kommen. Die Beteiligten müssen selber entscheiden, welche Modelle da für sie die richtigen sind. Ich sage nur voraus: Ein bloßes Festhalten am Status Quo und ein Aussitzen wird für die beteiligten Institute nicht von Vorteil sein, sondern wird nachteilig sein.“

Rede am 04.09.2007 auf der 12. Handelsblatt Jahrestagung „Banken im Umbruch“ in Frankfurt am Main zum Thema „Deutscher und Europäischer Bankenmarkt - Quo vadis

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

„Also lautet meine klare Forderung an die Wirtschaftseliten dieses Landes: Werden Sie Ihrer Vorbildfunktion gerecht - etwa beim Thema Abfindungen...Ich könnte mir aber vorstellen, die Abzugsfähigkeit auf einen bestimmten Betrag zu begrenzen. In Großbritannien gibt es ähnliche Regeln. Man muss zudem einmal diskutieren, welche Risiken die meisten abhängig beschäftigten Manager überhaupt haben. Die Antwort lautet: fast keine.“

Interview Süddeutsche Zeitung, 19.12.2007

Mitbestimmung

„Mitbestimmung und Tarifautonomie haben sich bewährt.“

Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 30.04.2005

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

„Die radikalsten Reformrufer (weg mit der Erbschaftssteuer; weg mit dem Kündigungsschutz; Streichung von Sozialleistungen) sind die größten Reformblockierer, weil ihnen der Sinn für gesellschaftliche Proportionen – gleich soziale Gerechtigkeit – verloren gegangen ist.“

Rede vom 11.09.2007

Flächentarif

Siehe Mitbestimmung

Befristete Verträge

Kein Eintrag auf der Homepage oder in der Pressedatenbank

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag auf der Homepage oder in der Pressedatenbank

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Die unpopuläre Botschaft lautet: Alle werden für Gesundheit, Rente und Pflege selbst mehr ausgeben müssen als die Generation meiner Eltern.“

Interview im Stern vom 13.07.2006

Rolle der privaten Altersvorsorge

„Die unpopuläre Botschaft lautet: Alle werden für Gesundheit, Rente und Pflege selbst mehr ausgeben müssen als die Generation meiner Eltern.“

Im Klartext: noch mehr Eigenvorsorge.

Ja. Da gibt es schon eine Erfolgsgeschichte. Das ist die Riester-Rente, inzwischen mit mehr als sechs Millionen Verträgen. Das ist ein wirklicher Durchbruch.“

Interview im Stern vom 13.07.2006

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Einzig Fundstelle auf der Webseite/Pressedatenbank:

„Und auch wenn einige hier im Saal das vermutlich anders sehen: Mit der jetzt verabschiedeten Fassung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie wurde weit verbreiteten

Bedenken bezüglich eines Abwärtswettbewerbs im Bereich der Sozialstandards Rechnung getragen.“

Rede des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück zur Trio-Präsidentschaft: "Europa gelingt gemeinsam" am 07. Februar 2007

Handwerksordnung

Kein Eintrag auf der Homepage oder in der Pressedatenbank

5.4.15 Frank-Walter Steinmeier

Quellen: <http://www.frank-walter-steinmeier.de/> (Reden, Interviews, Namensbeiträge, allerdings überwiegend aus den Jahren 2008/09) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

„Wir können uns Abschottung nicht leisten. Wir brauchen Regeln für Hedgefonds, müssen diese Debatte aber mit größerer Sorgfalt führen als bisher.“

Stern-Interview, 26.07.07

Derivateregulierung

Kein Eintrag

Bankenaufsicht

Kein Eintrag

Öffentliche Banken

Kein Eintrag

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

Kein Wortlauteintrag. Folgender taz-Bericht bezieht sich allerdings auf ein Interview in der Bild am Sonntag.

„Die SPD attackiert weiterhin Manager mit zu hohen Gehältern. Dabei weiß die Partei immer noch nicht, wie sie das Problem konkret lösen will - und ob es überhaupt eine Lösung dafür geben kann.

Der Vizekanzler und stellvertretende SPD-Vorsitzende Frank-Walter Steinmeier fühlte sich in seinem Jahresendinterview mit der Bild am Sonntag für den einfachen Teil der Übung zuständig: den Angriff auf die Führungskräfte in der Wirtschaft. "Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben erlebt, wie ihre Vorstände vor allem den kurzfristigen Gewinn im Blick haben, während sie die Beschäftigten wie Kostenstellen mit zwei Ohren behandeln", sagte Steinmeier.

Deutschland müsse zu einer "Unternehmenskultur der Verantwortung zurückkehren, in der Arbeitnehmer die Anerkennung erfahren, die ihnen gebührt", mahnte der Außenminister. Kluge Unternehmer wüssten, dass der soziale Friede das Geheimnis des deutschen Wohlstands sei. Die Diskussion über zu hohe Managergehälter sei keine Neiddebatte, sondern eine Debatte über den mangelnden sozialen Zusammenhalt im Land. "Wir alle wollen in keinem Land leben, in dem sich jeder nur der Nächste ist und sich ohne Rücksichten die Taschen vollstopft."

taz, 31.12.2007

Mitbestimmung

Kein Eintrag

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

Kein Eintrag

Flächentarif

Kein Eintrag

Befristete Verträge

Kein Eintrag

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

Kein Eintrag

Rolle der privaten Altersvorsorge

Kein Eintrag

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag

Handwerksordnung

Kein Eintrag

5.4.16 Guido Westerwelle

Quellen: <http://www.guido-westerwelle.de> (Reden, inklusive Stenoberichte der Bundestagsdebatten, Pressemitteilungen und Publikationen) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Genios-Pressedatenbank.

Derivateregulierung
Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Genios-Pressedatenbank.

Bankenaufsicht
Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Genios-Pressedatenbank.

Öffentliche Banken
Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Genios-Pressedatenbank.

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter
„Aber es ist nicht hinnehmbar, dass in einer Bilanz-Pressekonferenz bekannt gegeben wird, dass die Vorstandsgehälter um 30 Prozent erhöht werden und gleichzeitig die Entlassung von tausenden von Mitarbeitern angekündigt wird. Das ist nicht soziale Marktwirtschaft. Das ist die Verleumdung von sozialer Marktwirtschaft.“
Rede beim FDP-Dreikönigstreffen 6. Januar 2007

Mitbestimmung
„Wir werden nach dem Wahlsieg 2006 die Gewerkschaftsfunktionäre entmachten. Wir werden das starre Tarifvertragssystem aufbrechen. Betriebliche Bündnisse sind dann nicht mehr die Ausnahme von Gewerkschaftsgnaden, sondern die Regel, wenn es drei Viertel der Belegschaft möchten. Außerdem wollen wir **die paritätische Mitbestimmung durch eine Drittelbeteiligung** ersetzen, und die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite müssen aus dem Betrieb kommen, nicht aus fernen Gewerkschaftszentralen.“
Focus, 02.05.2005

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
„Unterdessen schlug der Bundesminister Wolfgang Clement in der Debatte um eine Lockerung des Kündigungsschutzes vor, Kleinstbetrieben mit bis zu fünf Mitarbeitern künftig eine unbegrenzte Zahl befristeter Neueinstellungen zu erlauben. Das ist der entscheidende Punkt. Lassen Sie uns das doch machen! Herr Bundeskanzler, bekennen Sie sich dazu, ob Sie es machen oder ob Sie es nicht machen!....Die Situation in Deutschland wäre besser, wenn es mehr Arbeitsplätze mit etwas weniger Kündigungsschutz als eine Massenarbeitslosigkeit mit vollem Kündigungsschutz gäbe.“
Rede zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 14.03.2004

Flächentarif

„Zur Flexibilität zählt beispielsweise auch die Abkehr von starren Flächentarifverträgen. Wenn sich 75 % der Beschäftigten in einem Betrieb in geheimer Abstimmung mit ihrer Unternehmensführung auf eine Vereinbarung verständigen können, dann muss diese Vereinbarung auch gelten dürfen, ohne dass ein Gewerkschaftsfunktionär sein Veto einlegen kann.“

Rede beim FDP-Dreikönigstreffen 6. Januar 2003

(Die Flexibilisierung des Tarifrechts wird nahezu in jeder hier zitierten Rede thematisiert.)

Befristete Verträge

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Genios-Pressedatenbank.

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Genios-Pressedatenbank.

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Die gesetzlichen Krankenkassen wollen wir in private Gesundheitsversicherungen überführen.“

Rede beim FDP-Dreikönigstreffen 6. Januar 2004

Rolle der privaten Altersvorsorge

„Langfristig muss die private Vorsorge die gesetzliche Rentenversicherung ergänzen und soweit ersetzen, dass die Altersvorsorge zu etwa 50 % auf der privaten und betrieblichen Vorsorge beruht.“

Rede beim FDP-Dreikönigstreffen 6. Januar 2003

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag auf der Webseite oder in der Genios-Pressedatenbank.

Handwerksordnung

„Wir freuen uns darüber, dass bei der Handwerksordnung ein vernünftiger Kompromiss gefunden wurde, der übrigens nicht nur die Modernisierung des Handwerksrechtes mit sich bringt, sondern zugleich zum Beispiel den Schutz eines stabilen Ausbildungssektors in unserer Gesellschaft; beides sind wichtige Ziele, die erreicht werden mussten, beides wird erreicht. Vor allem freue ich mich darüber, dass dieser Kompromiss all jene Lügen straft, die behaupten, das Handwerk selbst sei nicht zur Modernisierung bereit. Das Handwerk ist zur Modernisierung bereit.“

Rede vom 19.12.2003 im Bundestag

5.4.17 Christian Wulff

Quellen: <http://www.christian-wulff.de> (Pressemitteilungen seit 2003) sowie Genios-Pressedatenbank.

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Derivateregulierung
Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Bankenaufsicht
Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Öffentliche Banken
Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter
Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Mitbestimmung
Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
„Die Arbeitgeber brauchen mehr Flexibilität bei Kündigungen. Und wenn der Betriebsrat dem zustimmt, darf das auch nicht mehr durch die Arbeitsgerichte überprüft werden.“
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.05.2005

Flächentarif
„Weniger Staat. Niedrigere Staatsquote, flexibleres Arbeits- und Tarifrecht. Wir brauchen einen Arbeitsmarkt, der den Namen "Markt" verdient.“
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.05.2003

SZ: Der Geländewagen Marrakesch wird im Stammwerk Wolfsburg zu Löhnen ein Fünftel unter dem Haustarif von VW gebaut. Wenn eine derartige Einigung zwischen Tarifpartnern schon jetzt möglich ist, muss es dann die im CDU-Wahlprogramm vorgesehene Einschränkung der Tarifautonomie überhaupt geben?

Wulff: Der Haustarifvertrag bei Volkswagen ist ein **glänzendes Beispiel für ein betriebliches Bündnis für Arbeit**. Dass sich beide Seiten geeinigt haben, liegt auch daran, dass wir uns in die Tarifautonomie bei Volkswagen nicht eingemischt haben, sondern auf die Beteiligten vertraut haben, die sich am Ende gut aufeinander zu bewegt und damit ein Signal für Industriebeschäftigung in Deutschland gesetzt haben.

SZ Interview 07.10.2005

Befristete Verträge

Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Ich könnte mir vorstellen, daß es in der Arbeitslosenversicherung Wahltarife gibt....

Jeder sollte sich so absichern können, wie er es für richtig hält. Wer sich aus- und fortbildet, senkt sein Risiko der Arbeitslosigkeit und soll daraus auch einen Vorteil haben. Das ist eine prinzipielle Entscheidung gegen Gleichmacherei und für Verantwortung. **Für Kranken- und Rentenversicherung gibt es ähnliche Modelle.** Das sind für mich die großen Stellschrauben“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.05.2005

Rolle der privaten Altersvorsorge

„Wir dürfen die Vermögensbildung zur Altersvorsorge, etwa durch Wohneigentum, nicht unattraktiv machen. Denn dazu ermutigen wir ja gerade, weil die gesetzliche Altersvorsorge nicht mehr greift wie bisher.“

Frankfurter Rundschau, 29.03.2006

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag auf Webseite oder der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Handwerksordnung

FAS: „Wenn er konkret wird und an den Meisterzwang geht, regt sich prompt Widerstand der CDU.“

Wulff: „Weil das aberwitzig ist. Überall werden neue Zertifikate erfunden, und dann stellt er eines der erfolgreichsten, den Meisterbrief, in Frage. Es ist abenteuerlich, das Handwerk immer noch mehr zu schröpfen und dann der Handwerksrolle die Schuld am wirtschaftlichen Stillstand in unserem Land zu geben.“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.05.2005

5.5 Dokumentation Ökonomenaussagen

5.5.1 Ulrich Blum

Quelle: Gemeinschaftsdiagnosen, <http://www.iwh-halle.de> sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

Kein Eintrag im Beobachtungszeitraum auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

Derivateregulierung

Kein Eintrag auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

Bankenaufsicht

Kein Eintrag auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

Öffentliche Banken

Kein Eintrag auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

Kein Eintrag auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

Mitbestimmung

Kein Eintrag im Beobachtungszeitraum auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Flächentarif

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Befristete Verträge

Kein Eintrag auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

Kein Wortlauteintrag. Das *Handelsblatt* berichtet am 04.07.2005

„Blum vom IWH schlägt sogar eine vollständige Privatisierung der GKV vor.“

Rolle der privaten Altersvorsorge

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

Handwerksordnung

Kein Eintrag auf der Homepage des Instituts/Pressedatenbank

5.5.2 Peter Bofinger

Quellen: SVR-Gutachten 2004-2007 (Bofinger ist erst seit März 2004 Mitglied des Sachverständigenrats), Minderheitsgutachten im Jahresgutachten 2005

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge-Fonds und Private-Equity
Siehe *SVR-Gutachten 2005*

Derivateregulierung
Siehe *SVR-Gutachten 2005*

Bankenaufsicht
Siehe *SVR-Gutachten 2007, S.90*

Öffentliche Banken
Siehe *SVR-Gutachten 2004, S. 298*

Corporate Governance
Kein Eintrag zu den ausgewählten Themen.

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
„In Anbetracht der Tatsache, dass die Beschäftigungswirkungen eines verminderten Kündigungsschutzes empirisch ohnehin alles anders als eindeutig sind, erscheint es deshalb sinnvoll, zunächst einmal die Effekte der unter „Harzt IV“ festgelegten, sehr weit reichenden Reformen abzuwarten, bevor man die Verunsicherung der Bevölkerung weiter erhöht und damit die Binnennachfrage noch weiter schwächt.“
SVR-Gutachten 2003, S. 225

Flächentarif (Tarifverträge)
„Wer über die schon jetzt bestehende hohe Flexibilität bei den Lohnverhandlungen eine weitere Schwächung des Flächentarifvertrags fordert, gefährdet diesen zentralen und für die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung durchaus vorteilhaften Koordinationmechanismus (damit ist gemeint, dass der Flächentarif allen Unternehmen die Gewissheit gibt, dass auch die Lohnkosten der Wettbewerber steigen, Anmerkung der Autoren)
SVR-Gutachten 2005, S.223

Befristete Verträge
„Der seit Jahren zu beobachtende, nun aber noch verstärkte Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ergibt sich aus einem gefährlichen Zusammenwirken zweier Faktoren: Zum einen werden die Versicherten in den Sozialen Sicherungssystemen zu einer verdeckten Besteuerung herangezogen. Gleichzeitig eröffnet der Staat mir hoch subventionierten Formen flexibler Beschäftigung ein stark nachgefragtes Substitut für reguläre Arbeitsplätze.“
SVR-Gutachten 2005, S. 216

Deregulierung bei der Zeitarbeit
Kein Eintrag

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung
Siehe *SVR-Gutachten 2006, S. 11*

Rolle der privaten Altersvorsorge
Siehe *SVR-Gutachten 2006, S. 269*

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie
Kein Eintrag

Handwerksordnung
Siehe *SVR-Gutachten 2007, S. 157*

5.5.3 Gemeinschaftsdiagnosen

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity

Derivateregulierung

Bankenaufsicht

Öffentliche Banken

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

Keine Fundstelle

Mitbestimmung

Keine Fundstelle

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz:

„Um die Regulierung des Arbeitsmarktes beschäftigungsfreundlicher zu gestalten, plant die Bundesregierung in der „Agenda 2010“, den Kündigungsschutz bei Kleinbetrieben mit mehr als fünf Beschäftigten zu lockern, wahlweise Abfindungsregeln einzuführen und die starren Kriterien der Sozialauswahl flexibler zu gestalten. Die Institute begrüßen diese Vorschläge, da es für Unternehmen kalkulierbarer wird, zu welchen Bedingungen Arbeitsverhältnisse wieder beendet werden können.“

Frühjahrgutachten, 2003

Flächentarif:

„Dem muss die Tarifpolitik, beispielsweise durch geeignete Tariföffnungsklauseln, stärker als bisher Rechnung tragen. Auch die Wirtschaftspolitik ist gefordert. So müssen Bündnisse für Arbeit auf Betriebsebene eine rechtliche Absicherung erhalten und das Günstigkeitsprinzip muss rechtlich so verankert werden, dass Abweichungen vom Tarifvertrag ohne juristischen Probleme möglich sind.“

Herbstgutachten, 2005

Befristete Verträge

Keine Fundstelle

Deregulierung bei der Zeitarbeit:

„So hat z. B die Deregulierung der Leiharbeit die Flexibilität der Unternehmen beim Arbeitskräfteeinsatz erhöht und die Kürzung von Lohnersatzleistungen die Anreize gesteigert, die Arbeit aufzunehmen.“

Frühjahrgutachten, 2007

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung:

„Die Einführung der „Riester-Rente“ und die höhere Eigenbeteiligung an den Kosten im Gesundheitswesen stellen erste Schritte zur Stärkung der Eigenverantwortung der Privaten im Bereich der sozialen Sicherung dar.“

Frühjahrgutachten, 2005

„Letztere (die Sozialversicherung, Anm. der Autorin) muss aber, selbst wenn grundsätzlich dem Prinzip der Eigenverantwortung eine höhere Priorität eingeräumt wird, eine Grundabsicherung bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit und für das Alter bieten, die jene auffängt, deren Einkommen nicht ausreicht, genügend Eigenvorsorge zu betreiben.“

Frühjahrgutachten, 2005

Rolle der privaten Altersvorsorge:

Siehe Krankenversicherung

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Keine Fundstelle

Handwerksordnung

Keine Fundstelle

5.5.4 Christoph Schmidt

Quellen: Gemeinschaftsdiagnosen, <http://www.rwi-essen.de> (Pressemitteilungen, Veröffentlichungen) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Kein Eintrag auf der Institutsseite bzw. in der Pressedatenbank zu den ausgewählten Themen.

Corporate Governance

Kein Eintrag auf der Institutsseite bzw. in der Pressedatenbank zu den ausgewählten Themen.

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz:

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Flächentarif

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Befristete Verträge

Kein Eintrag auf der Institutsseite bzw. in der Pressedatenbank.

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

Keine Äußerung von Schmidt persönlich, lediglich in den *RWI-Positionen*, 27.03.2006
„Über die Grundversorgung hinausgehende Leistungen könnten durch eigenverantwortliche private Zusatzversicherungen abgedeckt werden, die auch von den Gesetzlichen Krankenversicherungen angeboten werden dürften.“

Rolle der privaten Altersvorsorge

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag auf der Institutsseite bzw. in der Pressedatenbank.

Handwerksordnung

Kein Eintrag von Christoph Schmidt persönlich, lediglich eine *Stellungnahme des RWI im Bundestagsausschusses für Arbeit und Wirtschaft vom 08.07.2003* (Pressemitteilungen)
„Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) befürwortet eine Novelle, weil sie nicht mehr zeitgemäße Strukturen aufbricht und für mehr Wettbewerb sorgt.“ „Die Argumente für den obligatorischen großen Befähigungsnachweis sind nicht

stark genug, um seine Aufrechterhaltung in der bisherigen Form zu rechtfertigen“, heißt es in der Stellungnahme. Die Handwerksordnung in ihrer überkommenen Form halte mit der Dynamik der Märkte nicht Schritt und behindere auf längere Sicht auch mit Blick auf den europäischen Integrationsprozess eher die Partizipation der Handwerksunternehmen am volkswirtschaftlichen Innovationsprozess, als dass sie diese fördert

5.5.5 Hans Werner Sinn

Quellen: Gemeinschaftsdiagnose, <http://www.cesifo-group.de/> (Interviews, Pressemitteilungen, Beiträge), Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Kein Eintrag im Ifo-Pressezentrum

Derivateregulierung

Kein Eintrag im Ifo-Pressezentrum während des Beobachtungszeitraums

Bankenaufsicht

Kein Eintrag im Ifo-Pressezentrum während des Beobachtungszeitraums

Öffentliche Banken

Kein Eintrag im Ifo-Pressezentrum

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Ich sagte schon, dass die Marktwirtschaft nicht nach Gerechtigkeit, sondern nach Knappheit entlohnt. Die deutschen Bezüge sind aus Sicht von Otto Normalverbraucher hoch, im Vergleich zu den USA und den angelsächsischen Ländern aber eher bescheiden.“
Südkurier, 31.10.2006

Mitbestimmung

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Der eine ist der Investivlohn. Er sorgt dafür, dass Arbeitnehmer auch zu Vermögensbesitzern werden und damit ein zweites Einkommen haben. Diese Idee wurde in den sechziger Jahren schon einmal diskutiert. Damals haben sich die Gewerkschaften für Mitbestimmung statt für Mitbeteiligung entschieden.“
Spiegel, 11.12.2006

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Der gesetzliche Kündigungsschutz ist ungeachtet der Betriebsgröße für alle neuen Arbeitsverhältnisse abzuschaffen.“
ifo-Pressemitteilung 15.10.2003

Flächentarif

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Ich plädiere..... für gesetzliche Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, die den Einzelbetrieben gegenüber ihren Verbänden mehr Macht geben.“
Rheinische Post, 27.02.2007

Befristete Verträge
Kein Eintrag

Deregulierung bei der Zeitarbeit
Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Man hat entweder hohe Löhne und wenige Jobs, oder niedrige Löhne und viele Jobs. Durch die Zeitarbeitsfirmen haben wir in gewissen Branchen eine Senkung der Lohnnebenkosten bekommen und dadurch neue Jobs.“
Passauer Neue Presse, 06.07.2007

Soziale Sicherungssysteme

Soziale Sicherungssysteme/Gesundheitsreform
Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Jeder sollte also den gleichen Beitrag für eine Grundversorgung zahlen, ergänzt höchstens um eine Unterstützung aus Steuermitteln für geringer Verdienende. Wer mehr will, sollte sich bei Privat-Versicherern mehr kaufen.“
Saarbrücker Zeitung, 12.12.2006

Rolle der privaten Altersvorsorge
Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Das alte Rentensystem muss gedeckelt und um eine Kinderrente für Eltern mit Kindern und die Riester-Rente für Kinderlose ergänzt werden.“
Ifo-Institut 25.03.2004

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie
Kein Eintrag

Handwerksordnung
Kein Eintrag

5.5.6 Dennis Snower

Quellen: Gemeinschaftsdiagnose, <http://www.ifw-kiel.de> (ausgewählte Beiträge, Pressemitteilungen) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Keine Einträge zu den Schlagwörtern beim IfW oder in der Pressedatenbank im Beobachtungszeitraum.

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter

Keine Einträge beim IfW oder in der Pressedatenbank.

Mitbestimmung

SZ: Deutschland muss also die Mitbestimmung abschaffen, wenn es attraktiver für die Multis werden will?

Snower: Nein, das sage ich keineswegs. Aber die Mitbestimmung sollte in Zukunft anders aussehen; sie muss sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Der Blickwinkel muss sich ändern. Man sollte ein Unternehmen weniger aus dem Blickwinkel der Arbeitsstrukturen betrachten, sondern aus dem Blickwinkel der Kunden. Das Ziel muss heißen, wie kann man möglichst schnell und effizient auf Kundenwünsche reagieren.

Süddeutsche Zeitung, 21.10.2004

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Sobald wir anfangen uns abzukapseln – durch Mindestlöhne, erweiterten Kündigungsschutz und ähnliche Schutzmaßnahmen – erdrosseln wir entweder die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen oder zwingen sie, ins Ausland zu flüchten.“,
IfW-Fokus, Nr.1 2005

Flächentarif

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Jede Regierung ist gut beraten, schnellstmöglich den Flächentarif abzuschaffen. Diese Verträge verhindern die Lohnflexibilität, die Deutschland angesichts der globalen Arbeitsteilung braucht.“
Spiegel, 20.06.2005

Befristete Verträge

Keine Einträge beim IfW oder in der Pressedatenbank

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung
Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Rolle der privaten Altersvorsorge
Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie
Keine Einträge beim IfW oder in der Pressedatenbank

Handwerksordnung
Keine Einträge beim IfW oder in der Pressedatenbank

5.5.7 Thomas Straubhaar

Quellen: Gemeinschaftsdiagnose, <http://www.hwwi.org> (Interviews, Beiträge) sowie Genios-Pressedatenbank

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge Fonds und Private Equity
Kein Eintrag auf der Institutsseite oder in der Pressedatenbank.

Derivateregulierung
Kein Eintrag auf der Institutsseite oder in der Pressedatenbank.

Bankenaufsicht
„Weder strengere Gesetze noch schärfere Kontrollen können menschliches Fehlverhalten und Fehlentscheidungen verhindern. Je mehr Führungskräfte durch Gesetze gebunden und geknebelt werden, umso weniger fühlen sie sich moralisch für ihr Verhalten verantwortlich, weil sie sich vor allem als Ausführende, weniger aber als Anführer verstehen.“
HWWI Standpunkte August 2007

Öffentliche Banken
„Falsch ist jedoch zu glauben, neue Gesetze können künftige Banken Krisen verhindern.“
HWWI Standpunkte August 2007

Corporate Governance

Begrenzung Manager-Gehälter
„Wer öffentlich fordert, dass Josef Ackermann als Chef der Deutschen Bank zurücktreten soll, muss sich den Vorwurf des Populismus gefallen lassen. Denn zwischen Politik und Wirtschaft besteht ein gewaltiger Unterschied. Politiker handeln im öffentlichen Interesse der Bevölkerung. Vorstände im privaten Interesse der Aktionäre.“
Hamburger Abendblatt, 23.12.2005 (im Zusammenhang mit der Abfindung bei Mannesmann)

Mitbestimmung
Kein Eintrag auf der Institutsseite oder in der Pressedatenbank.

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz
Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose
„Wenn Arbeitnehmern unter Einhaltung gesetzlich festgelegter Fristen und unter Bezahlung einer im Voraus fix vereinbarten Abfindung leicht gekündigt werden könnte, würden für viele Arbeitslose und insbesondere auch für ältere Erwerbstätige die Chancen steigen, Beschäftigung zu finden.“
Arbeit und Arbeitsrecht, 12/2005

Flächentarifvertrag

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Mehr betriebliche Bündnisse statt der Flächentarifverträge wären gewiss ein Vorteil.“
VDI-Nachrichten, 23.06.2005

Befristete Verträge

Kein Eintrag auf der Institutsseite oder in der Pressedatenbank.

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

Siehe Gemeinschaftsdiagnose

Rolle der privaten Altersvorsorge

Siehe auch Gemeinschaftsdiagnose

„Hier müssen wir auf eine Grundsicherung vom Staat umstellen, die jeder Bürger durch eine private Vorsorge ergänzt. Wer sich die Beiträge für die private Vorsorge nicht leisten kann, muß aus Steuermitteln Zuschüsse erhalten.“

FINANZEN Investmentfonds & Zertifikate, 22. August 2005

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

„Mit der Lissaboner Strategie der EU war proklamiert worden, Europa bis 2010 zur dynamischsten Region der Welt zu machen. Kernstück der Strategie war die Dienstleistungsfreiheit. So wie sie jetzt verwässert worden ist, sind kurz- und mittelfristig keine großen Impulse zu erwarten.“

Berliner Zeitung Online, 15.02.2006

Handwerksordnung

Kein Eintrag auf der Institutsseite oder in der Pressedatenbank.

5.5.8 Gutachten des Sachverständigenrats, 2003-2007

Finanzmarkt

Lockerung/Verschärfung Bedingungen für Hedge-Fonds und Private-Equity

„Anders als gelegentlich behauptet gehen von den Aktivitäten sowohl der Hedge-Fonds als auch der Private-Equity-Gesellschaften keine wesentlichen Risiken für Unternehmer oder Anleger aus. Im Hinblick auf einen stärkeren Anlegerschutz oder einen Schutz der Unternehmen besteht somit kein Handlungsbedarf. Erhöhte Aufmerksamkeit erfordert hingegen die mit den Aktivitäten von Hedge-Fonds verbundene mögliche Gefährdung der internationalen Finanzstabilität.... Von nationalen Alleingängen sollte hingegen bei der Regulierung von Hedge-Fonds abgesehen werden. Diese wären bestenfalls wirkungslos. Schwerwiegender wäre allerdings die mögliche Schwächung des Finanzplatzes, die durch eine Abwanderung dieser Finanzmarktakteure an andere Finanzplätze verursacht würde.“
SVR-Gutachten 2005, S. 492

Derivateregulierung

„Die Politik sollte den Kurs der Liberalisierung und Modernisierung des deutschen Finanzplatzes zügig fortsetzen, um die Chancen von neuen Finanzinstrumenten nutzbar zu machen.“
SVR-Gutachten 2005, S. 493

Bankenaufsicht

„Für die Europäische Union sollte früher oder später ein einheitliches Aufsichtssystem geschaffen werden, das sich an den dezentralen Strukturen des Europäischen Systems für Zentralbanken orientieren könnte.“
SVR-Gutachten 2007, S.90

(dieser Beitrag dient lediglich der Dokumentation und wurde aus den im Gutachten beschriebenen Gründen nicht in die Auswertung miteinbezogen)

Öffentliche Banken

„Für eine – allerdings vorsichtige – haben sich der Internationale Währungsfonds und die Deutsche Bundesbank ausgesprochen: Durch die Öffnung von Landesbanken und Sparkassen für private Rechtsformen könnte die Grundlage für einen behutsamen Umstrukturierungsprozess gelegt werden, der jedoch letztendlich in der Hand der Eigentümer und der jeweiligen Landesgesetzgeber läge. **Nach den bisherigen Überlegungen scheint solch ein gradueller Wandel hin zu einer privaten Beteiligung an öffentlich-rechtlichen Banken keine Verschlechterung der gegenwärtigen Zielerreichung zu bedeuten. Gleichzeitig würde dies die finanzpolitischen Optionen der Träger erweitern und könnte zu einer Entflechtung von Politik und Bankgeschäft beitragen.**“
SVR-Gutachten 2004, S. 298

Corporate Governance

Kein Eintrag zu den ausgewählten Themen.

Arbeitsmarkt

Kündigungsschutz

„Diese Reformen (Agenda 2010, Anmerkung der Autorin) stellen einen behutsamen Schritt hin zu einer Flexibilisierung des gesetzlichen Kündigungsschutz dar.... Gleichwohl bleiben noch Flexibilisierungspotentiale beim gesetzlichen Kündigungsschutz ungenutzt, und einige Regelungen bedürfen noch wichtiger Ergänzungen und Modifikationen.“

SVR-Gutachten 2003, S. 382

„Die Flexibilisierung des gesetzlichen Kündigungsschutzes ist kein Königsweg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, aber sie kann einen Beitrag leisten für eine höhere Dynamik auf dem Arbeitsmarkt und damit zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Mit der von der Bundesregierung erwogenen Einführung einer Wartezeitoption (von 24 Monaten, Anmerkung der Autorin) wird dieses Ziel indessen nicht erreicht, dazu ist schon ein etwas größerer Wurf erforderlich. Der Sachverständigenrat schlägt daher als Reformoption vor, **dass betriebsbedingte Kündigungen generell zulässig sein sollten und stattdessen ein von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängiger, verbindlicher Abfindungsanspruch gewährt wird.** Im Ergebnis führt dieser Vorschlag zu mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen und besseren Beschäftigungschancen für die Arbeitslosen.“

SVR-Gutachten 2006, S. 418

Flächentarif (Tarifverträge)

„Zu den dringenden Reformmaßnahmen gehört seit geraumer Zeit die Flexibilisierung des Tarifvertragsrechts.... Wohl aber geht es um mehr Anpassungsflexibilität an sich ständig ändernde Herausforderungen nicht zuletzt im Zug eines verschärften internationalen Standortwettbewerbs.“

SVR-Gutachten 2003, S.380

Befristete Verträge

„Unternehmen ist ein hinreichendes Maß an Vertragsfreiheit zuzubilligen... Die Möglichkeit, ihre Belegschaft an sich verändernde (welt)wirtschaftliche Rahmenbedingungen anpassen zu können, darf ihnen nicht verwehrt werden, auch nicht durch hohe Anpassungskosten oder Rechtsunsicherheit.“

SVR-Gutachten 2003, S. 388/389

Deregulierung bei der Zeitarbeit

Kein Eintrag

Soziale Sicherungssysteme

Rolle der privaten Krankenversicherung

„Bei der Gesundheitsreform 2006 hätte es darum gehen müssen, konkrete Schritte einzuleiten, um die Segmentierung des Krankenversicherungsmarkts nach Einkommenshöhe und nach Berufsgruppenzugehörigkeit zu überwinden, die den Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt verzerrt und einer Zwei-Klassen-Medizin Vorschub leistet;“

SVR-Gutachten 2006, S.11

Rolle der privaten Altersvorsorge

der SVR zieht eine Versicherungspflicht in der Gesetzlichen Rentenversicherung vor, um Versicherungslücken und andere Risiken wie etwa Altersarmut, auszuschließen. „Bei privaten Vorsorgeprodukten ist dies nur schwer zu realisieren.“

SVR-Gutachten 2006, S. 269

Dienstleistungsmärkte

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Kein Eintrag

Handwerksordnung

„Die Reformen beseitigen...eine ganze Reihe von Verzerrungen und Marktzutrittschennissen im Handwerk. Sie dürften zu einer Intensivierung des Wettbewerbs und, im Gegensatz zu anders lautenden Befürchtungen, zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und einer Eindämmung der Schattenwirtschaft führen. Vor diesem Hintergrund sind sie ausdrücklich zu begrüßen.“

SVR-Gutachten 2007, S. 157

Publisher: Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Germany

Phone: +49-211-7778-331, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

IMK Studies is an online publication series available at:

<http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xls/31939.html>

ISSN: 1861-2180

The views expressed in this paper do not necessarily reflect those of the IMK or the Hans-Böckler-Foundation.

All rights reserved. Reproduction for educational and non-commercial purposes is permitted provided that the source is acknowledged.

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.
